

Bundesgesetzblatt

Teil II

1957	Ausgegeben zu Bonn am 29. April 1957	Nr. 6
------	--------------------------------------	-------

Tag	Inhalt:	Seite
15. 4. 57	Viertes Nachtragshaushaltsgesetz 1956	166
15. 4. 57	Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters	170
15. 4. 57	Gesetz über das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada vom 4. Juni 1956 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen	187
5. 4. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial	198
27. 3. 57	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 42 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1934 über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934) für die Bundesrepublik Deutschland	199
18. 3. 57	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 45 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1935 über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagearbeiten in Bergwerken jeder Art für die Bundesrepublik Deutschland	201
21. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 7 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1920 über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See	202
19. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 8 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1920 über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch	203
19. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 9 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juli 1920 über die Stellenvermittlung für Seeleute	203
24. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 11 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 12. November 1921 über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter	204
16. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 12 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 12. November 1921 über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen	205
17. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 15 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921 über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer	206
17. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 16 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921 über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen	207
24. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 19 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 5. Juni 1925 über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen	208
20. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 23 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1926 über die Heimschaffung der Schiffsleute	209
25. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 24 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 1927, betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und der Hausgehilfen	209
18. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 25 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 1927, betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft	212
26. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 26 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 16. Juni 1928 über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen	210
25. 3. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 27 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1929 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken	211

**Gesetz
über die Feststellung eines Vierten Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956
(Viertes Nachtragshaushaltsgesetz 1956).**

Vom 15. April 1957.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der dem Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (Haushaltsgesetz 1956) vom 24. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 830) beigefügte und durch die Nachtragshaushaltsgesetze 1956 vom 24. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 2095), vom 24. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 2098) und vom 30. März 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 33) geänderte Bundeshaushaltsplan wird nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten Vierten Nachtrags geändert. Die in § 1 des Haushaltsgesetzes 1956 festgestellten Endsummen der Einnahmen und Ausgaben bleiben unverändert.

§ 2

Dem § 3 des Haushaltsgesetzes 1956 wird als Absatz 2 angefügt:

„(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabeansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabeansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.“

§ 3

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1956 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Badenweiler, den 15. April 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Gesamtplan
zum
Vierten Nachtragshaushaltsgesetz 1956

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1956 DM	gegenüber 1955 mehr (+) weniger (-) DM	1956 DM	1955 DM
1	2	3	4	5	6
14	Bundesminister für Verteidigung				
14 01	Bundesministerium für Verteidigung	—	*)	—	*)
14 04	Nachgeordnete Behörden und Dienststellen der Verteidigungsverwaltung mit Ausnahme der Wehersatzbehörden und des Rüstungsamts, jedoch einschließlich der bei Kommando-behörden, Truppen usw. tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter	—	*)	2 181 600	*)
14 12	Unterbringung	—	*)	—	*)
14 22	Wehersatzwesen	—	*)	10 607 700	*)
	Zusammen 4. Nachtrag	—	*)	12 789 300	*)
	Nachrichtlich:				
	Bisherige Summe des ordentlichen Haushalts einschließlich 1., 2. und 3. Nachtrag	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	2 480 682 600	2 228 027 100
	Insgesamt	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	2 493 471 900	2 228 027 100
	*) Im Gegensatz zum Rechnungsjahr 1955 wird im laufenden Rechnungsjahr der Aufwand für deutsche Verteidigungsstreitkräfte und Verteidigungseinrichtungen nicht in 2 sondern in 22 Kapiteln des Einzelplans 14 veranschlagt. Die Vergleichszahlen 1955 werden deshalb nur im Abschluß zum E.Pl. 14, und zwar lediglich in der abschließenden Gesamtsumme des Einzelplans aufgeführt.				

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	gegenüber 1955 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	„)	— 22 812 700	„)	—	„)	— 22 812 700	„)	14 01
37 000	„)	—	„)	22 800	„)	2 241 400	„)	14 04
907 400	„)	—	„)	1 938 000	„)	2 845 400	„)	14 12
1 652 400	„)	2 926 600	„)	2 539 200	„)	17 725 900	„)	14 22
2 596 800	„)	— 19 886 100	„)	4 500 000	„)	∕	„)	
184 090 200	234 177 700	24 297 912 900	22 043 702 000	4 523 222 500	2 015 382 600	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	
186 687 000	234 177 700	24 278 026 800	22 043 702 000	4 527 722 500	2 015 382 600	31 485 908 200	+ 4 964 618 800	

Gesetz
über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland
zu dem Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen
erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters.

Vom 15. April 1957.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters sowie seinen Anhängen A bis E und dem Zusatzprotokoll hierzu wird zugestimmt. Das Abkommen sowie seine Anhänge A bis E und das Zusatzprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen mit seinen Anhängen und dem Zusatzprotokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Badenweiler, den 15. April 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Abkommen
über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen,
wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters**

**Agreement
on the Importation of Educational,
Scientific and Cultural Materials**

**Accord
pour l'importation d'objets de caractère éducatif,
scientifique ou culturel**

(Übersetzung)

Preamble

THE CONTRACTING STATES,

CONSIDERING that the free exchange of ideas and knowledge and, in general, the widest possible dissemination of the diverse forms of self-expression used by civilizations are vitally important both for intellectual progress and international understanding, and consequently for the maintenance of world peace;

CONSIDERING that this interchange is accomplished primarily by means of books, publications and educational, scientific and cultural materials;

CONSIDERING that the Constitution of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization urges co-operation between nations in all branches of intellectual activity, including "the exchange of publications, objects of artistic and scientific interest and other materials of information" and provides further that the Organization shall "collaborate in the work of advancing the mutual knowledge and understanding of peoples, through all means of mass communication and to that end recommend such international agreements as may be necessary to promote the free flow of ideas by word and image";

RECOGNIZE that these aims will be effectively furthered by an international agreement facilitating the free flow of books, publications and educational, scientific and cultural materials; and

HAVE, therefore, agreed to the following provisions:

Préambule

LES ETATS CONTRACTANTS,

CONSIDÉRANT que la libre circulation des idées et des connaissances et, d'une manière générale, la diffusion la plus large des diverses formes d'expression des civilisations, sont des conditions impérieuses tant du progrès intellectuel que de la compréhension internationale, et contribuent ainsi au maintien de la paix dans le monde;

CONSIDÉRANT que ces échanges s'effectuent essentiellement par l'intermédiaire de livres, de publications et d'objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel;

CONSIDÉRANT que l'Acte constitutif de l'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture préconise la coopération entre nations dans toutes les branches de l'activité intellectuelle et notamment l'échange « de publications, d'œuvres d'art, de matériel de laboratoire et de toute documentation utile » et dispose d'autre part que l'Organisation « favorise la connaissance et la compréhension mutuelle des nations en prêtant son concours aux organes d'information des masses », et qu'elle « recommande à cet effet tels accords internationaux qu'elle juge utiles pour faciliter la libre circulation des idées par le mot et par l'image »;

RECONNAISSENT qu'un accord international destiné à favoriser la libre circulation des livres, des publications et des objets présentant un caractère éducatif, scientifique ou culturel, constituera un moyen efficace de parvenir à ces fins; et

CONVIENNENT à cet effet des dispositions qui suivent:

Präambel

DIE VERTRAGSCHLIESSENDEN STAATEN,

IN DER ERWAGUNG, daß der freie Austausch von Ideen und Wissen und ganz allgemein die möglichst weite Verbreitung der verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen unerläßliche Voraussetzungen sowohl für den geistigen Fortschritt als auch für die internationale Verständigung sind und deshalb zur Erhaltung des Friedens in der Welt beitragen;

IN DER ERWAGUNG, daß dieser Austausch hauptsächlich durch die Vermittlung von Büchern, Veröffentlichungen und Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters zustande kommt;

IN DER ERWAGUNG, daß die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Zusammenarbeit zwischen den Nationen auf allen Gebieten des Geisteslebens und insbesondere den Austausch von „Veröffentlichungen und Gegenständen von künstlerischem oder wissenschaftlichem Interesse und anderem Informationsmaterial“ befürwortet und ferner vorsieht, daß die Organisation dabei mitwirkt, „das gegenseitige Sichkennenlernen und Verstehen der Völker durch alle Massen-Informationsmittel zu fördern“ und daß sie „zu diesem Zweck internationale Vereinbarungen empfiehlt, die für die freie Verbreitung von Ideen durch Wort und Bild gegebenenfalls erforderlich sind“;

ERKENNEN AN, daß eine internationale Vereinbarung zur Förderung der freien Verbreitung von Büchern, Veröffentlichungen und Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters ein wirksames Mittel zur Erreichung dieser Ziele darstellt und

SIND daher wie folgt übereingekommen:

Article I

1. The contracting States undertake not to apply customs duties or other charges on, or in connexion with, the importation of:

- (a) Books, publications and documents, listed in annex A to this Agreement;
- (b) Educational, scientific and cultural materials, listed in annexes B, C, D and E to this Agreement;

which are the products of another contracting State, subject to the conditions laid down in those annexes.

2. The provisions of paragraph 1 of this article shall not prevent any contracting State from levying on imported materials:

- (a) Internal taxes or any other internal charges of any kind, imposed at the time of importation or subsequently, not exceeding those applied directly or indirectly to like domestic products;
- (b) Fees and charges, other than customs duties, imposed by governmental authorities on, or in connexion with, importation, limited in amount to the approximate cost of the services rendered, and representing neither an indirect protection to domestic products nor a taxation of imports for revenue purposes.

Article II

1. The contracting States undertake to grant the necessary licences and/or foreign exchange for the importation of the following articles:

- (a) Books and publications consigned to public libraries and collections and to the libraries and collections of public educational, research or cultural institutions;
- (b) Official government publications, that is, official, parliamentary and administrative documents published in their country of origin;
- (c) Books and publications of the United Nations or any of its specialized agencies;

Article premier

1. Les Etats contractants s'engagent à ne pas appliquer de droits de douane et autres impositions à l'importation ou à l'occasion de l'importation:

- a) Aux livres, publications et documents, visés dans l'annexe A au présent Accord;
- b) Aux objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel visés dans les annexes B, C, D et E au présent Accord;

lorsqu'ils répondent aux conditions fixées par ces annexes et sont des produits d'un autre Etat contractant.

2. Les dispositions du paragraphe premier du présent article n'empêcheront pas un Etat contractant de percevoir sur les objets importés:

- a) Des taxes ou autres impositions intérieures de quelque nature qu'elles soient, perçues lors de l'importation ou ultérieurement, à la condition qu'elles n'excèdent pas celles qui frappent directement ou indirectement les produits nationaux similaires;
- b) Des redevances et impositions autres que les droits de douane, perçues par les autorités gouvernementales ou administratives à l'importation ou à l'occasion de l'importation, à la condition qu'elles soient limitées au coût approximatif des services rendus et qu'elles ne constituent pas une protection indirecte des produits nationaux ou des taxes de caractère fiscal à l'importation.

Article II

1. Les Etats contractants s'engagent à accorder les devises et/ou les licences nécessaires à l'importation des objets ci-après:

- a) Livres et publications destinés aux bibliothèques et collections d'institutions publiques se consacrant à l'enseignement, la recherche ou la culture;
- b) Documents officiels, parlementaires et administratifs, publiés dans leur pays d'origine;
- c) Livres et publications de l'Organisation des Nations Unies et de ses institutions spécialisées;

Artikel I

1. Die Vertragschließenden Staaten verpflichten sich, keine Zölle oder sonstigen Abgaben zu erheben bei oder anlässlich der Einfuhr von

- (a) Büchern, Veröffentlichungen und Dokumenten, die im Anhang A dieses Abkommens aufgeführt sind;
- (b) Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, die in den Anhängen B, C, D und E dieses Abkommens aufgeführt sind,

sofern sie den in diesen Anhängen aufgeführten Voraussetzungen entsprechen und Erzeugnisse eines anderen Vertragschließenden Staates sind.

2. Die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels hindern einen Vertragschließenden Staat nicht, für die eingeführten Gegenstände

- (a) anlässlich der Einfuhr oder später Steuern oder sonstige innere Abgaben irgendwelcher Art zu erheben, vorausgesetzt, daß sie nicht höher sind als die Abgaben, die direkt oder indirekt für gleichartige einheimische Erzeugnisse erhoben werden;
- (b) durch Verwaltungsbehörden bei oder anlässlich der Einfuhr Gebühren oder Abgaben zu erheben, die keine Zölle sind, vorausgesetzt, daß sie ungefähr den Kosten der geleisteten Dienste entsprechen und daß sie nicht eine mittelbare Schutzmaßnahme für einheimische Erzeugnisse oder eine Abgabe zur Erzielung von Einkünften bei der Einfuhr darstellen.

Artikel II

1. Die Vertragschließenden Staaten verpflichten sich, für die Einfuhr der nachstehenden Gegenstände die erforderlichen Devisen- bzw. Einfuhrgenehmigungen zu erteilen:

- (a) Bücher und Veröffentlichungen, die für öffentliche Bibliotheken und Sammlungen sowie für Bibliotheken und Sammlungen öffentlicher, dem Unterrichtswesen, der Forschung oder kulturellen Zwecken dienender Institutionen bestimmt sind;¹⁾
- (b) amtliche, im Ursprungsland veröffentlichte Dokumente der Parlamente, Regierungen und Verwaltungen;
- (c) Bücher und Veröffentlichungen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen;

¹⁾ Die Worte: „für öffentliche Bibliotheken und Sammlungen sowie“ fehlen im französischen Text.

- (d) Books and publications received by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and distributed free of charge by it or under its supervision;
- (e) Publications intended to promote tourist travel outside the country of importation, sent and distributed free of charge;
- (f) Articles for the blind:
- (i) Books, publications and documents of all kinds in raised characters for the blind;
- (ii) Other articles specially designed for the educational, scientific or cultural advancement of the blind, which are imported directly by institutions or organizations concerned with the welfare of the blind, approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free entry of these types of articles.
- d) Livres et publications reçus par l'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture et distribués gratuitement par ses soins ou sous son contrôle sans pouvoir faire l'objet d'une vente;
- e) Publications destinées à encourager le tourisme en dehors du pays d'importation, envoyées et distribuées gratuitement;
- f) Objets destinés aux aveugles:
- (i) Livres, publications et documents de toutes sortes, en relief, pour aveugles;
- (ii) Autres objets spécialement conçus pour le développement éducatif, scientifique ou culturel des aveugles, importés directement par des institutions d'aveugles ou par des organisations de secours aux aveugles agréées par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ces objets en franchise.
- (d) Bücher und Veröffentlichungen, die bei der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur eingehen und die von ihr oder unter ihrer Aufsicht unentgeltlich verteilt werden;
- (e) Veröffentlichungen, die für den Fremdenverkehr im Ausland werben und unentgeltlich versandt und verteilt werden;
- (f) für Blinde bestimmte Gegenstände:
- (i) in Blindenschrift hergestellte Bücher, Veröffentlichungen und Dokumente aller Art;
- (ii) andere, besonders für die erzieherische, wissenschaftliche oder kulturelle Weiterbildung der Blinden hergerichtete Gegenstände, sofern sie durch Blindeninstitutionen oder Blinden-Hilfswerke, die von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr solcher Gegenstände ermächtigt worden sind, unmittelbar eingeführt werden.

2. The contracting States which at any time apply quantitative restrictions and exchange control measures undertake to grant, as far as possible, foreign exchange and licences necessary for the importation of other educational, scientific or cultural materials, and particularly the materials referred to in the annexes to this Agreement.

2. Les Etats contractants qui appliqueraient des restrictions quantitatives et des mesures de contrôle de change, s'engagent à accorder, dans toute la mesure du possible, les devises et les licences nécessaires pour importer les autres objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel, et notamment les objets visés dans les annexes au présent Accord.

2. Sofern Vertragschließende Staaten mengenmäßige Beschränkungen vornehmen und Devisenvorschriften erlassen, verpflichten sie sich, im Rahmen des Möglichen auch für die Einfuhr anderer Gegenstände erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, insbesondere der in den Anhängen zu diesem Abkommen aufgeführten Gegenstände, die erforderlichen Devisen- oder Einfuhrgenehmigungen zu erteilen.

Article III

1. The contracting States undertake to give every possible facility to the importation of educational, scientific or cultural materials, which are imported exclusively for showing at a public exhibition approved by the competent authorities of the importing country and for subsequent re-exportation. These facilities shall include the granting of the necessary licences and exemption from customs duties and internal taxes and charges of all kinds payable on importation, other than fees and charges corresponding to the approximate cost of services rendered.

2. Nothing in this article shall prevent the authorities of an importing country from taking such steps as may be necessary to ensure that the materials in question shall be re-exported at the close of their exhibition.

Article III

1. Les Etats contractants s'engagent à accorder toutes facilités possibles à l'importation des objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel importés exclusivement pour être exposés lors d'une exposition publique agréée par les autorités compétentes du pays d'importation et destinés à être réexportés ultérieurement. Ces facilités comprendront l'octroi des licences nécessaires et l'exonération des droits de douane ainsi que des taxes et autres impositions intérieures perçues lors de l'importation, à l'exclusion de celles qui correspondraient au coût approximatif des services rendus.

2. Aucune disposition du présent article n'empêchera les autorités du pays d'importation de prendre les mesures nécessaires pour s'assurer que les objets en question seront bien réexportés lors de la clôture de l'exposition.

Artikel III

1. Die Vertragschließenden Staaten verpflichten sich, für Gegenstände erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, die ausschließlich eingeführt werden, um auf einer von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zugelassenen öffentlichen Ausstellung ausgestellt zu werden und die später wieder ausgeführt werden sollen, alle möglichen Einfuhrerleichterungen zu gewähren. Diese Erleichterungen sollen umfassen: die Erteilung der erforderlichen Einfuhrgenehmigungen, die Befreiung von Zöllen, Steuern und anderen, anlässlich der Einfuhr erhobenen inneren Abgaben mit Ausnahme von Gebühren und Abgaben, die den ungefähren Kosten von geleisteten Diensten entsprechen.

2. Die Bestimmungen dieses Artikels hindern die Behörden des Einfuhrlandes nicht, die Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Wiederausfuhr der betreffenden Gegenstände nach Schluß der Ausstellung sicherzustellen.

Article IV

The contracting States undertake that they will as far as possible:

- (a) Continue their common efforts to promote by every means the free circulation of educational, scientific or cultural materials, and abolish or reduce any restrictions to that free circulation which are not referred to in this Agreement;
- (b) Simplify the administrative procedure governing the importation of educational, scientific or cultural materials;
- (c) Facilitate the expeditious and safe customs clearance of educational, scientific or cultural materials.

Article V

Nothing in this Agreement shall affect the right of contracting States to take measures, in conformity with their legislation, to prohibit or limit the importation, or the circulation after importation, of articles on grounds relating directly to national security, public order or public morals.

Article VI

This Agreement shall not modify or affect the laws and regulations of any contracting State or any of its international treaties, conventions, agreements or proclamations, with respect to copyright, trademarks or patents.

Article VII

Subject to the provisions of any previous conventions to which the contracting States may have subscribed for the settlement of disputes, the contracting States undertake to have recourse to negotiations or conciliation, with a view to settlement of any disputes regarding the interpretation or the application of this Agreement.

Article VIII

In case of a dispute between contracting States relating to the educational, scientific or cultural character of imported materials, the interested Parties may, by common agreement,

Article IV

Les Etats contractants s'engagent, dans toute la mesure du possible:

- a) A poursuivre leurs efforts communs afin de favoriser par tous les moyens la libre circulation des objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel et d'abolir ou de réduire toutes restrictions à cette libre circulation qui ne sont pas visées par le présent Accord;
- b) A simplifier les formalités d'ordre administratif afférentes à l'importation des objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel;
- c) A faciliter le dédouanement rapide, et avec toutes les précautions désirables, des objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel.

Article V

Aucune disposition du présent Accord ne saurait aliéner le droit des Etats contractants de prendre, en vertu de leurs législations nationales, des mesures destinées à interdire ou à limiter l'importation ou la circulation après leur importation, de certains objets, lorsque ces mesures sont fondées sur des motifs relevant directement de la sécurité nationale, de la moralité ou de l'ordre public de l'Etat contractant.

Article VI

Le présent Accord ne saurait porter atteinte ou entraîner des modifications aux lois et règlements d'un Etat contractant, ou aux traités, conventions, accords ou proclamations auxquels un Etat contractant aurait souscrit, en ce qui concerne la protection du droit d'auteur ou de la propriété industrielle, y compris les brevets et les marques de fabrique.

Article VII

Les Etats contractants s'engagent à recourir aux voies de négociations ou de conciliation pour régler tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord, sans préjudice des dispositions conventionnelles antérieures auxquelles ils auraient pu souscrire quant au règlement de conflits qui pourraient survenir entre eux.

Article VIII

En cas de contestation entre Etats contractants sur le caractère éducatif, scientifique ou culturel d'un objet importé, les Parties intéressées pourront, d'un commun accord, demander

Artikel IV

Die Vertragschließenden Staaten verpflichten sich im Rahmen des Möglichen

- (a) ihre gemeinsamen Anstrengungen fortzusetzen, um mit allen Mitteln die freie Verbreitung von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen und kulturellen Charakters zu fördern und alle Beschränkungen der freien Verbreitung, die in diesem Abkommen nicht vorgesehen sind, aufzuheben oder zu verringern;
- (b) das mit der Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters verbundene Verwaltungsverfahren zu vereinfachen;
- (c) für eine schnelle und umsichtige Zollabfertigung der Gegenstände erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters zu sorgen.

Artikel V

Keine Bestimmung dieses Abkommens berührt das Recht der Vertragschließenden Staaten, in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr oder die spätere Verbreitung bestimmter Gegenstände zu verbieten oder einzuschränken, sofern diese Maßnahmen aus unmittelbaren Gründen der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder Sittlichkeit des Vertragschließenden Staats nötig werden.

Artikel VI

Dieses Abkommen beeinträchtigt oder ändert Rechtsvorschriften eines Vertragschließenden Staats oder irgendwelche von ihm angenommene internationale Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Erklärungen betreffend den Schutz des Urheberrechts oder den Schutz des gewerblichen Eigentums einschließlich der Patente und Warenzeichen nicht.

Artikel VII

Unbeschadet früherer vertraglicher Abmachungen, die sie gegebenenfalls zur Regelung von Streitigkeiten getroffen haben, verpflichten sich die Vertragschließenden Staaten, alle Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auf dem Verhandlungswege oder durch ein Vergleichsverfahren zu regeln.

Artikel VIII

Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Vertragschließenden Staaten über den erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakter eines eingeführten Gegenstandes

refer it to the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization for an advisory opinion.

Article IX

1. This Agreement, of which the English and French texts are equally authentic, shall bear today's date and remain open for signature by all Member States of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, all Member States of the United Nations and any non-member State to which an invitation may have been addressed by the Executive Board of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

2. The Agreement shall be ratified on behalf of the signatory States in accordance with their respective constitutional procedure.

3. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article X

The States referred to in paragraph 1 of article IX may accept this Agreement from 22 November 1950. Acceptance shall become effective on the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations.

Article XI

This Agreement shall come into force on the date on which the Secretary-General of the United Nations receives instruments of ratification or acceptance from ten States.

Article XII

1. The States Parties to this Agreement on the date of its coming into force shall each take all the necessary measures for its fully effective operation within a period of six months after that date.

2. For States which may deposit their instruments of ratification or acceptance after the date of the Agreement coming into force, these measures shall be taken within a period of three months from the date of deposit.

3. Within one month of the expiration of the periods mentioned in paragraphs 1 and 2 of this article, the contracting States to this Agreement shall

un avis consultatif au Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'Education, la Science et la Culture.

Article IX

1. Le présent Accord, dont les textes anglais et français font également foi, portera la date de ce jour et sera ouvert à la signature de tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies pour l'Education, la Science et la Culture, de tous les Etats Membres des Nations Unies et de tous les Etats non membres auxquels une invitation aura été adressée à cet effet par le Conseil exécutif de l'Organisation des Nations Unies pour l'Education, la Science et la Culture.

2. Le présent Accord sera soumis à la ratification des Etats signataires conformément à leur procédure constitutionnelle.

3. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article X

Il pourra être adhéré au présent Accord à partir du 22 novembre 1950 par les Etats visés au paragraphe premier de l'article IX. L'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument formel auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article XI

Le présent Accord entrera en vigueur à dater du jour où le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies aura reçu les instruments de ratification ou d'adhésion de dix Etats.

Article XII

1. Les Etats Parties au présent Accord à la date de son entrée en vigueur prendront, chacun en ce qui le concerne, toutes les mesures requises pour sa mise en application pratique dans un délai de six mois.

2. Ce délai sera de trois mois à compter du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, pour tous les Etats qui déposeraient leur instrument de ratification ou d'adhésion après la date d'entrée en vigueur de l'Accord.

3. Un mois au plus tard après l'expiration des délais prévus aux paragraphes 1 et 2 du présent article, les Etats contractants au présent Accord

des können die beteiligten Parteien in gemeinsamem Einvernehmen ein Gutachten von dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur anfordern.

Artikel IX

1. Dieses Abkommen, dessen englischer und französischer Wortlaut in gleicher Weise maßgebend sind, trägt das heutige Datum und steht allen Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie allen Nichtmitgliedstaaten, die vom Exekutivrat der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur dazu eingeladen worden sind, zur Unterzeichnung offen.

2. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten im Einklang mit dem in ihren Verfassungen vorgeschriebenen Verfahren.

3. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel X

Die in Artikel IX Abs. 1 erwähnten Staaten können diesem Abkommen vom 22. November 1950 an beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer formellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel XI

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage in Kraft, an dem die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von zehn Staaten bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangen sind.

Artikel XII

1. Jeder Staat, der am Tage des Inkrafttretens Partner des Abkommens ist, trifft innerhalb von sechs Monaten alle Maßnahmen, die für die praktische Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

2. Für Staaten, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach dem Inkrafttreten des Abkommens hinterlegen, beträgt diese Frist drei Monate vom Zeitpunkt der Hinterlegung an.

3. Spätestens einen Monat nach Ablauf der in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels vorgesehenen Fristen legen die Vertragschließenden Staaten

submit a report to the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization of the measures which they have taken for such fully effective operation.

4. The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall transmit this report to all signatory States to this Agreement and to the International Trade Organization (provisionally, to its Interim Commission).

Article XIII

Any contracting State may, at the time of signature or the deposit of its instrument of ratification or acceptance, or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Agreement shall extend to all or any of the territories for the conduct of whose foreign relations that contracting State is responsible.

Article XIV

1. Two years after the date of the coming into force of this Agreement, any contracting State may, on its own behalf or on behalf of any of the territories for the conduct of whose foreign relations that contracting State is responsible, denounce this Agreement by an instrument in writing deposited with the Secretary-General of the United Nations.

2. The denunciation shall take effect one year after the receipt of the instrument of denunciation.

Article XV

The Secretary-General of the United Nations shall inform the States referred to in paragraph 1 of article IX, as well as the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, and the International Trade Organization (provisionally, its Interim Commission), of the deposit for all the instruments of ratification and acceptance provided for in articles IX and X, as well as of the notifications and denunciations provided for respectively in articles XIII and XIV.

Article XVI

At the request of one-third of the contracting States to this Agreement, the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization shall place on the agenda of the next session of the General Conference of that Organization, the question of convoking a meeting for the revision of this Agreement.

transmettront à l'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture, un rapport sur les mesures qu'ils auront prises pour assurer cette mise en application pratique.

4. L'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture transmettra ce rapport à tous les États signataires du présent Accord et à l'Organisation internationale du Commerce (provisoirement à sa Commission intérimaire).

Article XIII

Tout Etat contractant pourra, au moment de la signature, ou du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, déclarer par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies que le présent Accord s'étendra à un ou plusieurs des territoires qu'il représente sur le plan international.

Article XIV

1. A l'expiration d'un délai de deux ans à partir de l'entrée en vigueur du présent Accord, tout Etat contractant pourra, en son propre nom ou au nom de tout territoire qu'il représente sur le plan international, dénoncer cet Accord par un instrument écrit déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

2. La dénonciation prendra effet un an après réception de cet instrument de dénonciation.

Article XV

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies informera les États visés au paragraphe premier de l'article IX, ainsi que l'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture et l'Organisation internationale du Commerce (provisoirement sa Commission intérimaire) du dépôt de tous les instruments de ratification ou d'adhésion mentionnés aux articles IX et X, de même que des notifications et dénonciations respectivement prévues aux articles XIII et XIV.

Article XVI

A la demande d'un tiers des États contractants, le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture portera à l'ordre du jour de la prochaine session de la Conférence générale de cette Organisation la question de la convocation d'une conférence pour la révision du présent Accord.

der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur einen Bericht über die Maßnahmen vor, die sie zur vollwirksamen Anwendung des Abkommens getroffen haben.

4. Dieser Bericht wird von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur allen Unterzeichnerstaaten des Abkommens sowie der Internationalen Handelsorganisation (vorläufig deren Interimsausschuß) übermittelt.

Artikel XIII

Jeder Vertragschließende Staat kann bei der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt in einer an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu richtenden förmlichen Mitteilung erklären, daß dieses Abkommen sich auch auf Gebiete erstreckt, deren internationale Beziehungen der Vertragschließende Staat wahrnimmt.

Artikel XIV

1. Zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann jeder Vertragschließende Staat das Abkommen für sich selbst oder ein Gebiet, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt, durch eine beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegende Urkunde kündigen.

2. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Eingang der Erklärung wirksam.

Artikel XV

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen teilt den in Artikel IX Abs. 1 erwähnten Staaten, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und der Internationalen Handelsorganisation (vorläufig deren Interimsausschuß) die Hinterlegung aller in den Artikeln IX und X aufgeführten Ratifikations- oder Beitrittsurkunden sowie die in den Artikeln XIII und XIV aufgeführten Erklärungen und Kündigungen mit.

Artikel XVI

Auf Verlangen eines Drittels der Vertragschließenden Staaten setzt der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Frage der Einberufung einer Konferenz für die Revision dieses Abkommens auf die Tagesordnung der nächsten Tagung der Generalkonferenz dieser Organisation.

Article XVII

Annexes A, B, C, D and E, as well as the Protocol annexed to this Agreement are hereby made an integral part of this Agreement.

Article XVIII

1. In accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, this Agreement shall be registered by the Secretary-General of the United Nations on the date of its coming into force.

2. IN FAITH WHEREOF the undersigned, duly authorized, have signed this Agreement on behalf of their respective Governments.

DONE at Lake Success, New York, this twenty-second day of November one thousand nine hundred and fifty in a single copy, which shall remain deposited in the archives of the United Nations, and certified true copies of which shall be delivered to all the States referred to in paragraph 1 of article IX, as well as to the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and to the International Trade Organization (provisionally, to its Interim Commission).

Article XVII

Les annexes A, B, C, D et E, ainsi que le Protocole annexé au présent Accord, font partie intégrante de cet Accord.

Article XVIII

1. Conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies, le présent Accord sera enregistré par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies à la date de son entrée en vigueur.

2. EN FOI DE QUOI les soussignés dûment autorisés ont signé le présent Accord au nom de leurs Gouvernements respectifs.

FAIT à Lake Success, New-York, le vingt-deux novembre mil neuf cent cinquante en un seul exemplaire, qui sera déposé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies et dont les copies certifiées conformes seront remises à tous les Etats visés au paragraphe 1 de l'article IX, ainsi qu'à l'Organisation des Nations Unies pour l'Education, la Science et la Culture et à l'Organisation internationale du Commerce (provisoirement sa Commission intérimaire).

Artikel XVII

Die Anhänge A, B, C, D und E sowie das beigelegte Protokoll bilden integrierende Bestandteile dieses Abkommens.

Artikel XVIII

1. In Übereinstimmung mit Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen wird dieses Abkommen am Tage seines Inkrafttretens vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eingetragen.

2. ZU URKUND DESSEN haben die ordnungsgemäß bevollmächtigten Unterzeichneten namens ihrer Regierungen dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN in Lake Success, New York, am zweiundzwanzigsten November neunzehnhundertfünfzig in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt wird. Beglaubigte Abschriften werden allen in Artikel IX Abs. 1 erwähnten Staaten sowie der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und der Internationalen Handelsorganisation (vorläufig deren Interimsausschuß) übermittelt.

ANNEX A

Books, Publications and Documents

- (i) Printed books.
- (ii) Newspapers and periodicals.
- (iii) Books and documents produced by duplicating processes other than printing.
- (iv) Official government publications that is, official, parliamentary and administrative documents published in their country of origin.
- (v) Travel posters and travel literature (pamphlets, guides, timetables, leaflets and similar publications), whether illustrated or not including those published by private commercial enterprises, whose purpose is to stimulate travel outside the country of importation.
- (vi) Publications whose purpose is to stimulate study outside the country of importation.
- (vii) Manuscripts, including typescripts.
- (viii) Catalogues of books and publications, being books and publications offered for sale by publishers or booksellers established outside the country of importation.

ANNEXE A

Livres, Publications et Documents

- (i) Livres imprimés.
- (ii) Journaux et périodiques.
- (iii) Livres et documents obtenus par des procédés de polycopie autres que l'impression.
- (iv) Documents officiels, parlementaires et administratifs, publiés dans leur pays d'origine.
- (v) Affiches de propagande touristique et publications touristiques (brochures, guides, horaires, dépliants et publications similaires) illustrées ou non, y compris celles qui sont éditées par des entreprises privées, invitant le public à effectuer des voyages en dehors du pays d'importation.
- (vi) Publications invitant à faire des études à l'étranger.
- (vii) Manuscrits et documents dactylographiés.
- (viii) Catalogues de livres et de publications, mis en vente par une maison d'édition ou par un libraire établis en dehors du pays d'importation.

ANHANG A

Bücher, Veröffentlichungen und Dokumente

- 1. Gedruckte Bücher;
- 2. Zeitungen und periodische Druckschriften;
- 3. Bücher und Dokumente, die durch andere Vervielfältigungsverfahren als der Druck hergestellt wurden;
- 4. amtliche, im Ursprunglande veröffentlichte Dokumente der Parlamente, Regierungen und Verwaltungen;
- 5. Plakate und Veröffentlichungen für den Fremdenverkehr, die für Reisen außerhalb des Einfuhrlandes werben: Broschüren, Führer, Fahrpläne, Prospekte und ähnlich Veröffentlichungen, mit oder ohne Illustrationen, einschließlich der von privaten Unternehmen herausgegebenen;
- 6. Veröffentlichungen, die für ein Studium im Auslande werben;
- 7. Manuskripte und maschinengeschriebene Dokumente;
- 8. Kataloge von Büchern und Veröffentlichungen, die von einem außerhalb des Einfuhrlandes ansässigen Verleger oder Buchhändler zum Kauf angeboten werden;

(ix) Catalogues of films, recordings or other visual and auditory material of an educational, scientific or cultural character, being catalogues issued by or on behalf of the United Nations or any of its specialized agencies.

(x) Music in manuscript or printed form, or reproduced by duplicating processes other than printing.

(xi) Geographical, hydrographical or astronomical maps and charts.

(xii) Architectural, industrial or engineering plans and designs, and reproductions thereof, intended for study in scientific establishments or educational institutions approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free admission of these types of articles.

(The exemptions provided by annex A shall not apply to:

(a) Stationery;

(b) Books, publications and documents (except catalogues, travel posters and travel literature referred to above) published by or for a private commercial enterprise, essentially for advertising purposes;

(c) Newspapers and periodicals in which the advertising matter is in excess of 70 per cent by space;

(d) All other items (except catalogues referred to above) in which the advertising matter is in excess of 25 per cent by space. In the case of travel posters and literature, this percentage shall apply only to private commercial advertising matter.)

(ix) Catalogues de films, d'enregistrements ou de tout autre matériel visuel et auditif de caractère éducatif, scientifique ou culturel, édités par ou pour le compte de l'Organisation des Nations Unies, ou l'une de ses institutions spécialisées.

(x) Musique manuscrite, imprimée ou reproduite par des procédés de polycopie autres que l'impression.

(xi) Cartes géographiques, hydrographiques ou célestes.

(xii) Plans et dessins d'architecture, ou de caractère industriel ou technique, et leurs reproductions, destinés à l'étude dans des établissements scientifiques ou d'enseignement agréés par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ces objets en franchise.

(Les exonérations prévues dans la présente annexe A ne s'appliqueront pas aux objets suivants:

a) Articles de papeterie;

b) Livres, publications et documents (à l'exception des catalogues ainsi que des affiches et des publications touristiques visés ci-dessus), publiés essentiellement à des fins de propagande commerciale par une entreprise commerciale privée ou pour son compte;

c) Journaux et périodiques dans lesquels la publicité excède 70 pour 100 de la surface;

d) Tous autres objets (à l'exception des catalogues visés ci-dessus) dans lesquels la publicité excède 25 pour 100 de la surface. Dans le cas des publications et affiches de propagande touristique, ce pourcentage ne concerne que la publicité commerciale privée.)

9. Kataloge von Filmen, Tonaufnahmen oder jeglichem sonstigen Bild- und Tonmaterial erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, die von den oder für Rechnung der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen hergestellt wurden;

10. Noten, handgeschrieben, gedruckt oder durch sonstige Vervielfältigungsverfahren hergestellt;

11. geographische, hydrographische und astronomische Karten;

12. Bauzeichnungen oder Pläne und Zeichnungen industriellen oder technischen Charakters und deren Kopien, die für das Studium in einem von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr solcher Gegenstände ermächtigten wissenschaftlichen Institut oder Lehrinstitut bestimmt sind.

Die in diesem Anhang A vorgesehenen Vergünstigungen finden keine Anwendung auf folgende Gegenstände:

(a) Schreibwaren;

(b) Bücher, Veröffentlichungen und Dokumente (mit Ausnahme der oben bezeichneten Kataloge und Fremdenverkehrsplakate und -veröffentlichungen), die hauptsächlich der kommerziellen Werbung dienen und von einem privaten Unternehmen oder für dessen Rechnung herausgegeben werden;

(c) Zeitungen und periodische Druckschriften, in denen der Reklameteil mehr als 70 % des Raumes einnimmt;

(d) alle anderen Gegenstände (mit Ausnahme der oben bezeichneten Kataloge), in denen der Reklameteil mehr als 25 % des Raumes einnimmt. Bei Plakaten und Veröffentlichungen für den Fremdenverkehr umfaßt dieser Prozentsatz nur die privaten Geschäftsanzeigen.

ANNEX B

Works of Art and Collectors' Pieces of an Educational, Scientific or Cultural Character

(i) Paintings and drawings, including copies, executed entirely by hand, but excluding manufactured decorated wares.

(ii) Hand-printed impressions, produced from hand-engraved or hand-etched blocks, plates or other material, and signed and numbered by the artist.

ANNEXE B

Oeuvres d'art et objets de collection de caractère éducatif, scientifique ou culturel

(i) Peintures et dessins, y compris les copies, entièrement exécutés à la main, à l'exclusion des objets manufacturés décorés.

(ii) Lithographies, gravures et estampes, signées et numérotées par l'artiste et obtenues au moyen de pierres lithographiques, planches, ou autres surfaces gravées, entièrement exécutées à la main.

ANHANG B

Kunstgegenstände und Sammlungstücke erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters

1. Gemälde und Zeichnungen einschließlich Kopien, vollständig mit der Hand gearbeitet, ausgenommen fabrikmäßig hergestellte verzierte Gegenstände;

2. Handdrucke, die vom Künstler signiert und nummeriert und von Stein, Platten oder anderem vollständig handgearbeitetem Material abgezogen sind;

- | | | |
|--|--|---|
| <p>(iii) Original works of art of statuary or sculpture, whether in the round, in relief, or in intaglio, excluding mass-produced reproductions and works of conventional craftsmanship of a commercial character.</p> <p>(iv) Collectors' pieces and objects of art consigned to public galleries, museums and other public institutions, approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free entry of these types of articles, not intended for resale.</p> <p>(v) Collections and collectors' pieces in such scientific fields as anatomy, zoology, botany, mineralogy, palaeontology, archaeology, and ethnography, not intended for resale.</p> <p>(vi) Antiques, being articles in excess of 100 years of age.</p> | <p>(iii) Œuvres originales de la sculpture ou de l'art statuaire, en ronde bosse, en relief ou in intaglio, à l'exclusion des reproductions en série et des œuvres artisanales de caractère commercial.</p> <p>(iv) Objets de collection et objets d'art destinés aux musées, galeries et autres établissements publics agréés par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ces objets en franchise, sous réserve qu'ils ne puissent être vendus.</p> <p>(v) Collections et objets de collection intéressant les sciences et notamment l'anatomie, la zoologie, la botanique, la minéralogie, la paléontologie, l'archéologie et l'ethnographie, non destinés à des fins commerciales.</p> <p>(vi) Objets anciens ayant plus de 100 années d'âge.</p> | <p>3. Originalerzeugnisse der Bildhauerkunst, Plastiken, Hoch- oder Tiefreliefs, ausgenommen serienweise hergestellte Reproduktionen und kunsthandwerkliche Gegenstände kommerziellen Charakters;</p> <p>4. Sammlungsstücke und Kunstgegenstände, die für Museen, Galerien und andere von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr dieser Gegenstände ermächtigte öffentliche Institute bestimmt sind, unter der Bedingung, daß sie nicht verkauft werden dürfen;</p> <p>5. wissenschaftliche Sammlungen und Sammlungsgegenstände, insbesondere auf den Gebieten der Anatomie, Zoologie, Botanik, Mineralogie, Paläontologie, Archäologie und Ethnographie, sofern sie nicht kommerziellen Zwecken dienen;</p> <p>6. über 100 Jahre alte Antiquitäten.</p> |
|--|--|---|

ANNEX C

Visual and Auditory Materials of an Educational, Scientific or Cultural Character

- (i) Films, filmstrips, microfilms and slides, of an educational, scientific or cultural character, when imported by organizations (including, at the discretion of the importing country, broadcasting organizations), approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free admission of these types of articles, exclusively for exhibition by these organizations or by other public or private educational, scientific or cultural institutions or societies approved by the aforesaid authorities.
- (ii) Newsreels (with or without sound track), depicting events of current news value at the time of importation, and imported in either negative form, exposed and developed, or positive form, printed and developed, when imported by organizations (including, at the discretion of the importing country, broadcasting organizations) approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free admission of such films, provided that free entry may be limited to two copies of each subject for copying purposes.
- (iii) Sound recordings of an educational, scientific or cultural character for use exclusively in public or private educational, scientific or

ANNEXE C

Matériel visuel et auditif de caractère éducatif, scientifique ou culturel

- (i) Films, films fixes, microfilms et diapositives, de caractère éducatif, scientifique ou culturel importés par des organisations (y compris, au gré du pays d'importation, les organismes de radiodiffusion) agréées par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ces objets en franchise, et destinés exclusivement à être utilisés par ces organisations ou par toute autre institution ou association publique ou privée, de caractère éducatif, scientifique ou culturel, également agréée par les autorités susmentionnées.
- (ii) Films d'actualités (comportant ou non le son) représentant des événements ayant un caractère d'actualité à l'époque de l'importation, et importés, aux fins de reproduction, soit sous forme de négatifs, impressionnés et développés, soit sous forme de positifs, exposés et développés, la franchise pouvant être limitée à deux copies par sujet. Les films d'actualités ne bénéficient de ce régime que s'ils sont importés par des organisations (y compris, au gré du pays d'importation, les organismes de radiodiffusion) agréées par les autorités compétentes du pays d'importation pour les recevoir en franchise.
- (iii) Enregistrements sonores de caractère éducatif scientifique ou culturel destinés exclusivement à des institutions (y compris, au

ANHANG C

Bild- und Tonmaterial erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters

1. Filme, Filmbildstreifen, Mikrofilme und Diapositive erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, die von den durch die zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr ermächtigten Organisationen (nach Ermessen des Einfuhrlandes auch Rundfunkgesellschaften) eingeführt werden. Die Gegenstände dürfen nur von diesen Organisationen oder von anderen öffentlichen oder privaten Instituten oder Vereinigungen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters vorgeführt werden, die von den genannten Behörden dazu ermächtigt sind;
2. Wochenschauen (mit oder ohne Ton), die zur Zeit ihrer Einfuhr aktuell sind. Sie können zum Zwecke der Wiedergabe in der Form von Negativen, belichtet und entwickelt, oder von Positiven, kopiert und entwickelt, eingeführt werden unter Vorbehalt einer möglichen Beschränkung der zollfreien Einfuhr auf zwei Kopien; dies gilt nur für Wochenschauen, die von den durch die zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr ermächtigten Organisationen (nach Ermessen des Einfuhrlandes auch Rundfunkgesellschaften) eingeführt werden;
3. Tonaufnahmen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, die ausschließlich für die von den zuständigen Behör-

cultural institutions or societies (including, at the discretion of the importing country, broadcasting organizations) approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free admission of these types of articles.

(iv) Films, filmstrips, microfilms and sound recordings of an educational, scientific or cultural character produced by the United Nations or any of its specialized agencies.

(v) Patterns, models and wall charts for use exclusively for demonstrating and teaching purposes in public or private educational, scientific or cultural institutions approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free admission of these types of articles.

gré du pays d'importation, les organismes de radiodiffusion) ou associations publiques ou privées de caractère éducatif, scientifique ou culturel, agréées par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ce matériel en franchise.

(iv) Films, films fixes, microfilms et enregistrements sonores de caractère éducatif, scientifique ou culturel, produits par l'Organisation des Nations Unies ou l'une de ses institutions spécialisées.

(v) Modèles, maquettes et tableaux muraux destinés exclusivement à la démonstration et à l'enseignement dans des établissements de caractère éducatif, scientifique ou culturel, publics ou privés, agréés par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ce matériel en franchise.

den des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr dieses Materials ermächtigt werden; die öffentlichen oder privaten Institutionen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters bestimmt sind (nach Ermessen des Einfuhrlandes auch Rundfunkgesellschaften);

4. Filme, Filmbildstreifen, Mikrofilme und Tonaufnahmen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters, die von den Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen hergestellt worden sind;

5. Modelle, Skizzen, Wandbilder, die ausschließlich zu Vorführungs- und Unterrichtszwecken in öffentlichen oder privaten Instituten erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters dienen; diese müssen von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr dieses Materials ermächtigt sein.

ANNEX D

Scientific Instruments or Apparatus

Scientific instruments or apparatus, intended exclusively for educational purposes or pure scientific research, provided:

(a) That such scientific instruments or apparatus are consigned to public or private scientific or educational institutions approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free entry of these types of articles, and used under the control and responsibility of these institutions;

(b) That instruments or apparatus of equivalent scientific value are not being manufactured in the country of importation.

ANNEXE D

Instruments et appareils scientifiques

Instruments et appareils scientifiques destinés exclusivement à l'enseignement ou à la recherche scientifique pure, sous réserve:

a) Que les instruments ou appareils scientifiques en question soient destinés à des établissements scientifiques ou d'enseignement, publics ou privés, agréés par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ces objets en franchise, ces derniers devant être utilisés sous le contrôle et la responsabilité de ces établissements;

b) Que des instruments ou appareils de valeur scientifique équivalente ne soient pas présentement fabriqués dans le pays d'importation.

ANHANG D

Wissenschaftliche Instrumente und Apparate

Wissenschaftliche Instrumente und Apparate, die ausschließlich zu Unterrichtszwecken oder zur rein wissenschaftlichen Forschung bestimmt sind, mit dem Vorbehalt:

(a) daß die betreffenden wissenschaftlichen Instrumente und Apparate für öffentliche oder private wissenschaftliche oder Lehranstalten bestimmt sind, die von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes dazu ermächtigt sind, diese Gegenstände zollfrei einzuführen. Die Gegenstände müssen unter der Aufsicht und Verantwortung dieser Anstalten verwendet werden;

(b) daß zur Zeit keine Instrumente oder Apparate von gleichem wissenschaftlichen Wert im Einfuhrland hergestellt werden.

ANNEX E

Articles for the Blind

(i) Books, publications and documents of all kinds in raised characters for the blind.

(ii) Other articles specially designed for the educational, scientific or cultural advancement of the blind, which are imported directly by institutions or organizations concerned with the welfare of the blind, approved by the competent authorities of the importing country for the purpose of duty-free entry of these types of articles.

ANNEXE E

Objets destinés aux aveugles

(i) Livres, publications et documents de toutes sortes en relief pour aveugles.

(ii) Autres objets spécialement conçus pour le développement éducatif, scientifique ou culturel des aveugles, importés directement par des institutions d'aveugles ou par des organisations de secours aux aveugles agréées par les autorités compétentes du pays d'importation pour recevoir ces objets en franchise.

ANHANG E

Gegenstände für Blinde

1. Bücher, Veröffentlichungen und Dokumente aller Art in Blindenschrift;

2. sonstige, besonders für die erzieherische, wissenschaftliche oder kulturelle Weiterbildung der Blinden hergerichtete Gegenstände, die unmittelbar von ihren eigenen Institutionen oder von den von den zuständigen Behörden des Einfuhrlandes zur zollfreien Einfuhr dieses Materials ermächtigt Blinden-Hilfsorganisationen eingeführt werden.

**Protocol Annexed to the
Agreement on the Importation
of Educational, Scientific and
Cultural Materials**

THE CONTRACTING STATES,

IN THE INTEREST OF facilitating the participation of the United States of America in the Agreement on the Importation of Educational, Scientific and Cultural Materials,

HAVE agreed to the following:

1. The United States of America shall have the option of ratifying this Agreement, under article IX, or of accepting it, under article X, with the inclusion of the reservation hereunder.

2. In the event of the United States of America becoming Party to this Agreement with the reservation provided for in the preceding paragraph 1, the provisions of that reservation may be invoked by the Government of the United States of America with regard to any of the contracting States to this Agreement, or by any contracting State with regard to the United States of America, provided that any measure imposed pursuant to such reservation shall be applied on a non-discriminatory basis.

(Text of the Reservation)

(a) If, as a result of the obligations incurred by a contracting State under this Agreement, any product covered by this Agreement is being imported into the territory of a contracting State in such relatively increased quantities and under such conditions as to cause or threaten serious injury to the domestic industry in that territory producing like or directly competitive products, the contracting State, under the conditions, provided for by paragraph 2 above, shall be free, in respect of such product and to the extent and for such time as may be necessary to prevent or remedy such injury, to suspend, in whole or in part, any obligation under this Agreement with respect to such product.

(b) Before any contracting State shall take action pursuant to the provisions of paragraph (a) above, it shall give notice in writing to the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization as far in advance as may be practi-

**Protocole annexé à
l'Accord pour l'importation
des objets de caractère éducatif,
scientifique ou culturel**

LES ETATS CONTRACTANTS,

CONSIDÉRANT l'intérêt qu'il y a à faciliter l'accession des Etats-Unis d'Amérique à l'Accord pour l'importation des objets de caractère éducatif, scientifique ou culturel,

SONT convenus de ce qui suit:

1. Les Etats-Unis d'Amérique auront la faculté de ratifier le présent Accord, aux termes de l'article IX, ou d'y adhérer, aux termes de l'article X, en y introduisant la réserve dont le texte figure ci-dessous.

2. Au cas où les Etats-Unis d'Amérique deviendraient Parties à l'Accord en formulant la réserve prévue au paragraphe 1, les dispositions de ladite réserve pourront être invoquées aussi bien par les Etats-Unis d'Amérique à l'égard de tout Etat contractant au présent Accord, que par tout Etat contractant à l'égard des Etats-Unis d'Amérique, aucune mesure prise en vertu de cette réserve ne devant avoir un caractère discriminatoire.

(Texte de la réserve)

a) Si, par l'effet des engagements assumés par un Etat contractant aux termes du présent Accord, les importations dans son territoire d'un quelconque des objets visés dans le présent Accord accusent une augmentation relative telle et s'effectuent dans des conditions telles qu'elles portent ou menacent de porter un préjudice grave aux producteurs nationaux de produits similaires ou directement concurrents, il sera loisible à cet Etat contractant, compte tenu des dispositions du paragraphe 2 ci-dessus, et dans la mesure et pendant le temps qui pourront être nécessaires pour prévenir ou réparer ce préjudice, de suspendre, en totalité ou en partie, les engagements pris par lui en vertu du présent Accord en ce qui concerne l'objet en question.

b) Avant d'introduire des mesures en application des dispositions du paragraphe a) qui précède, l'Etat contractant intéressé en donnera préavis par écrit à l'Organisation des Nations Unies pour l'Éducation, la Science et la Culture,

**Zusatzprotokoll zu dem
Abkommen über die Einfuhr von
Gegenständen erzieherischen,
wissenschaftlichen oder
kulturellen Charakters**

DIE VERTRAGSCHLIESSENDEN
STAATEN,

IN DEM BESTREBEN, den Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Abkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters zu erleichtern,

SIND wie folgt übereingekommen:

1. Die Vereinigten Staaten von Amerika können dieses Abkommen mit dem nachstehend aufgeführten Vorbehalt gemäß Artikel IX ratifizieren oder ihm gemäß Artikel X beitreten.

2. Falls die Vereinigten Staaten von Amerika dem Abkommen mit dem in Nummer 1 vorgesehenen Vorbehalt beitreten und Vertragspartei werden, können sie sich gegenüber jedem Staat, der Partei dieses Abkommens ist, auf die Bestimmungen des Vorbehalts berufen; desgleichen kann sich auch jeder Vertragsschließende Staat den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber auf diese berufen. Keine im Hinblick auf diesen Vorbehalt getroffene Maßnahme darf diskriminierenden Charakter haben.

(Wortlaut des Vorbehalts)

(a) Falls es sich herausstellen sollte, daß — infolge der von einem Vertragsschließenden Staat gemäß diesem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen — die Einfuhr eines in diesem Abkommen erwähnten Erzeugnisses in diesen Staat unverhältnismäßig zunimmt oder unter solchen Bedingungen geschieht, daß die einheimischen Hersteller ähnlicher oder konkurrierender Erzeugnisse dadurch bedroht werden oder bedroht werden könnten, so ist es dem Vertragsschließenden Staat freigestellt, unter Beachtung der in Ziffer 2 enthaltenen Bestimmungen für den in Frage stehenden Gegenstand in dem Ausmaß und so lange, wie es zur Verhinderung oder Wiedergutmachung eines solchen Schadens nötig ist, die Verpflichtungen, die er mit diesem Abkommen übernommen hat, ganz oder teilweise auszusetzen.

(b) Bevor ein Vertragsstaat eine der unter Buchstabe a) vorgesehenen Maßnahmen trifft, gibt er davon so frühzeitig wie möglich der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur schriftlich Kenntnis

cable and shall afford the Organization and the contracting States which are Parties to this Agreement an opportunity to consult with it in respect of the proposed action.

- (c) In critical circumstances where delay would cause damage which it would be difficult to repair, action under paragraph (a) above may be taken provisionally without prior consultation, on the condition that consultation be effected immediately after taking such action.

aussi longtemps à l'avance que possible, et fournira, à l'Organisation et aux Etats contractants Parties au présent Accord, la possibilité de conférer avec lui au sujet de la mesure envisagée.

- c) Dans les cas critiques, lorsqu'un retard entraînerait des dommages qu'il serait difficile de réparer, des mesures provisoires pourront être prises en vertu du paragraphe a) du présent Protocole, sans consultations préalables, à condition qu'il y ait consultations immédiatement après l'introduction des mesures en question.

und ermöglicht ihr und den Vertragschließenden Staaten, die Parteien dieses Abkommens sind, mit ihm die in Aussicht genommene Maßnahme zu erörtern.

- (c) In dringenden Fällen, in denen ein verspätetes Eingreifen schwer wiedergutzumachende Nachteile mit sich bringen würde, können auf Grund von Buchstabe a dieses Protokolls ohne vorherige Rückfragen, aber unter der Bedingung, daß unverzüglich danach Konsultationen stattfinden, einstweilige Schutzmaßnahmen getroffen werden.

For AFGHANISTAN:

Pour l'AFGHANISTAN:

Für AFGHANISTAN:

For ARGENTINA:

Pour l'ARGENTINE:

Für ARGENTINIEN:

For AUSTRALIA:

Pour l'AUSTRALIE:

Für AUSTRALIEN:

For AUSTRIA:

Pour l'AUTRICHE:

Für ÖSTERREICH:

For the KINGDOM OF BELGIUM:

Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:

Für das KONIGREICH BELGIEN:

Joseph Nisot
22 Nov. 1950

For BOLIVIA:

Pour la BOLIVIE:
A. Costa du Rels
ad referendum
Nov. 22, 1950

Für BOLIVIEN:

For BRAZIL:

Pour le BRÉSIL:

Für BRASILIEN:

For the UNION OF BURMA:

Pour l'UNION BIRMANE:

Für die BIRMANISCHE UNION:

For the
BYELORUSSIAN SOVIET SOCIALIST
REPUBLIC:

Pour la RÉPUBLIQUE
SOCIALISTE SOVIÉTIQUE
DE BIÉLORUSSIE:

Für die WEISSRUSSISCHE
SOWJET-REPUBLIK:

For CANADA:

Pour le CANADA:

Für KANADA:

For CEYLON:

Pour CEYLAN:

Für CEYLON:

For CHILE:

Pour le CHILI:

Für CHILE:

For CHINA:	Pour la CHINE: Tingfu F. Tsiang 22 Nov. 1950	Für CHINA:
For COLOMBIA:	Pour la COLOMBIE: Eliseo Arango 22 Nov. 1950	Für KOLUMBIEN:
For COSTA RICA:	Pour COSTA-RICA:	Für COSTA RICA:
For CUBA:	Pour CUBA:	Für KUBA:
For CZECHOSLOVAKIA:	Pour la TCHÉCOSLOVAQUIE:	Für die TSCHECHOSLOWAKEI:
For DENMARK:	Pour le DANEMARK:	Für DÄNEMARK:
For the DOMINICAN REPUBLIC:	Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE: Max Henríquez Ureña Nov. 22, 1950	Für die DOMINIKANISCHE REPUBLIK:
For ECUADOR:	Pour l'ÉQUATEUR: Quevedo Novembre 22, 1950	Für ECUADOR:
For EGYPT:	Pour l'ÉGYPTE: M. Salah-el-Din Nov. 22, 1950	Für ÄGYPTEN:
For EL SALVADOR:	Pour le SALVADOR: Héctor David Castro December 4, 1950	Für EL SALVADOR:
For ETHIOPIA:	Pour l'ÉTHIOPIE:	Für ÄTHIOPIEN:
For FRANCE:	Pour la FRANCE:	Für FRANKREICH:
For GREECE:	Pour la GRÈCE: Alexis Kyrrou November 22, 1950	Für GRIECHENLAND:
For GUATEMALA:	Pour le GUATEMALA: Ricardo Castañeda Paganini 22 Novembre 1950	Für GUATEMALA:
For HAITI:	Pour HAÏTI: Dr. Price-Mars 22 Novembre 1950	Für HAITI:

For HONDURAS:	Pour le HONDURAS:	Für HONDURAS:
For HUNGARY:	Pour la HONGRIE:	Für UNGARN:
For ICELAND:	Pour l'ISLANDE:	Für ISLAND:
For INDIA:	Pour l'INDE:	Für INDIEN:
For IRAN:	Pour l'IRAN:	Für IRAN:
For IRAQ:	Pour l'IRAK:	Für IRAK:
For ISRAEL:	Pour ISRAËL: Arthur Lourie 22 November 1950	Für ISRAEL:
For ITALY:	Pour l'ITALIE:	Für ITALIEN:
For the REPUBLIC OF KOREA:	Pour la RÉPUBLIQUE DE CORÉE:	Für die REPUBLIK KOREA:
For LEBANON:	Pour le LIBAN:	Für LIBANON:
For LIBERIA:	Pour le LIBÉRIA:	Für LIBERIA:
For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:	Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBURG: Pierre Pescatore 22 Novembre 1950	Für das GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:
For MEXICO:	Pour le MEXIQUE:	Für MEXIKO:
For MONACO:	Pour MONACO:	Für MONACO:
For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:	Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS: D. J. Balluseck 22 Nov. 50	Für das KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:
For NEW ZEALAND:	Pour la NOUVELLE-ZÉLANDE:	Für NEUSEELAND:
For NICARAGUA:	Pour le NICARAGUA:	Für NICARAGUA:

For the KINGDOM OF NORWAY:	Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:	Für das KONIGREICH NORWEGEN:
For PAKISTAN:	Pour le PAKISTAN:	Für PAKISTAN:
For PANAMA:	Pour le PANAMA:	Für PANAMA:
For PARAGUAY:	Pour le PARAGUAY:	Für PARAGUAY:
For PERU:	Pour le PÉROU:	Für PERU:
For the PHILIPPINES:	Pour les PHILIPPINES: Carlos P. Rómulo November 22, 1950	Für die PHILIPPINEN:
For POLAND:	Pour la POLOGNE:	Für POLEN:
For SAUDI ARABIA:	Pour l'ARABIE SAOUDITE:	Für SAUDISCH-ARABIEN:
For SWEDEN:	Pour la SUÈDE:	Für SCHWEDEN:
For SWITZERLAND:	Pour la SUISSE: Jean-Frédéric Wagnière 22 novembre 1950	Für die SCHWEIZ:
For SYRIA:	Pour la SYRIE:	Für SYRIEN:
For THAILAND:	Pour la THAÏLANDE: Wan Waithayakon 22 November 1950	Für THAILAND:
For TURKEY:	Pour la TURQUIE:	Für die TURKEI:
For the UKRAINIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:	Pour la RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE d'UKRAINE:	Für die UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJET- REPUBLIK:
For the UNION OF SOUTH AFRICA:	Pour l'UNION SUD-AFRICAINE:	Für die SUDAFRIKANISCHE UNION:

For the UNION OF
SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:

Pour l'UNION DES RÉPUBLIQUES
SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:

Für die UNION DER
SOZIALISTISCHEN SOWJET-
REPUBLIKEN:

For the UNITED
KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND:

Pour le ROYAUME-UNI
DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD:

Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH
VON GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND:

Gladwyn Jebb
November 22, 1950

For the
UNITED STATES OF AMERICA:

Pour les
ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE:

Für die
VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA:

For the
UNITED STATES OF INDONESIA:

Pour les
ÉTATS-UNIS D'INDONÉSIE:

Für die VEREINIGTEN STAATEN
VON INDONESIA:

For URUGUAY:

Pour l'URUGUAY:

Für URUGUAY:

For VENEZUELA:

Pour le VENEZUELA:

Für VENEZUELA:

For YEMEN:

Pour le YÉMEN:

Für den JEMEN:

For YUGOSLAVIA:

Pour la YOUGOSLAVIE:

Für JUGOSLAWIEN:

**Gesetz über das Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada vom 4. Juni 1956
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
bei den Steuern vom Einkommen.**

Vom 15. April 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Ottawa am 4. Juni 1956 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel XXII in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Badenweiler, den 15. April 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Abkommen zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung
der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen**

**Convention between
Canada and the Federal Republic of Germany
for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion
with respect to Taxes on Income**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Kanada

haben, von dem Wunsche geleitet, bei den Steuern vom Einkommen die Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Steuerverkürzung zu verhindern,
das nachstehende Abkommen geschlossen:

Artikel I

(1) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

- (a) in der Bundesrepublik:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
das Notopfer Berlin,
(im folgenden „Steuern der Bundesrepublik“ genannt);
- (b) in Kanada:
die von der Regierung von Kanada erhobenen income taxes (Einkommensteuern) einschließlich surtaxes (Übersteuern) und die old age security tax (Sozialabgabe vom Einkommen)
(im folgenden als „kanadische Steuern“ bezeichnet).

(2) Dieses Abkommen ist auch auf alle anderen ihrem Wesen nach ähnliche Steuern anzuwenden, die in der Bundesrepublik oder Kanada nach seiner Unterzeichnung eingeführt werden.

Artikel II

(1) Soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, bedeuten für die Zwecke dieses Abkommens:

- (a) die Begriffe „eines der Gebiete“ und „das andere Gebiet“ die Bundesrepublik Deutschland oder Kanada, wie es sich aus dem Zusammenhang ergibt; das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland umfaßt das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- (b) der Begriff „Steuer“ Steuern der Bundesrepublik oder kanadische Steuern, wie es sich aus dem Zusammenhang ergibt;
- (c) der Begriff „Person“ Personen jeder Art, d. h. natürliche Personen und Gesellschaften;
- (d) der Begriff „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der steuerlich wie eine juristische Person behandelt wird;
- (e) der Begriff „eine in der Bundesrepublik ansässige Person“ eine Person, die im Sinne der Steuergesetze der Bundesrepublik ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik hat und im Sinne der Steuergesetze von Kanada nicht in Kanada ansässig ist, und der Begriff „eine in Kanada ansässige Person“

The Federal Republic of Germany
and
Canada,

Desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income,

Have agreed as follows:—

Article I

(1) The taxes which are the subject of this Convention are:

- (a) in Canada:
income taxes, including surtaxes and the old age security tax on income which are imposed by the Government of Canada
(hereinafter referred to as “Canadian tax”);
- (b) in the Federal Republic:
the Einkommensteuer (income tax),
the Koerperschaftsteuer (corporation tax),
the Notopfer Berlin (Berlin emergency aid tax),

(hereinafter referred to as “Federal Republic tax”);

(2) The present Convention shall also apply to any other taxes of a substantially similar character imposed in the Federal Republic or Canada subsequently to the date of signature of this Convention.

Article II

(1) In this Convention, unless the context otherwise requires:

- (a) The terms “one of the territories” and “the other territory” mean the Federal Republic of Germany or Canada, as the context requires; the territory of the Federal Republic of Germany means the territory in which the Basic Law for the Federal Republic of Germany is in force;
- (b) The term “tax” means Federal Republic tax or Canadian tax, as the context requires;
- (c) The term “person” includes natural persons and companies;
- (d) The term “company” means any body corporate and any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- (e) The terms “resident of the Federal Republic” and “resident of Canada” mean respectively any person who is resident in the Federal Republic for the purposes of Federal Republic tax and not resident in Canada for the purposes of Canadian tax and any person who is resident in Canada for purposes of Canadian

eine Person, die im Sinne der Steuergesetze von Kanada in Kanada ansässig ist und im Sinne der Steuergesetze der Bundesrepublik nicht ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik hat; eine Gesellschaft gilt dann als eine in der Bundesrepublik ansässige Person, wenn sie

- (aa) ihre Geschäftsleitung in der Bundesrepublik hat; oder
- (bb) ihren Sitz in der Bundesrepublik hat, ohne ihre Geschäftsleitung in Kanada zu haben.

Eine Gesellschaft gilt als eine in Kanada ansässige Person, wenn sie ihre Geschäftsleitung in Kanada hat;

- (f) der Begriff „deutsches Unternehmen“ ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in der Bundesrepublik ansässigen Person betrieben wird, der Begriff „kanadisches Unternehmen“ ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in Kanada ansässigen Person betrieben wird, und die Begriffe „Unternehmen eines der Gebiete“ und „Unternehmen des anderen Gebietes“ ein deutsches Unternehmen oder ein kanadisches Unternehmen, wie es der Zusammenhang erfordert;
- (g) (aa) der Begriff „Betriebsstätte“, wenn er im Zusammenhang mit einem Unternehmen eines der Gebiete gebraucht wird, eine Zweigniederlassung, Geschäftsstelle, Fabrikationsstätte, Werkstätte, ein Lagerhaus, Bergwerk, einen Steinbruch oder andere Stätten der Ausbeutung von Grund und Boden, eine dauernde Verkaufsausstellung oder eine andere ständige Geschäftseinrichtung.
- (bb) Eine Betriebsstätte gilt als vorhanden, wenn ein Unternehmen eines der Gebiete in dem anderen Gebiet eine Bauausführung, Montage und dergleichen unterhält, deren Dauer zwölf Monate überschritten hat oder voraussichtlich überschreiten wird; dies gilt auch, wenn das Unternehmen in dem anderen Gebiete keine ständige Geschäftseinrichtung im Sinne des Doppelbuchstabens (aa) unterhält.
- (cc) Eine Betriebsstätte wird nicht begründet durch
 - die Benutzung bloßer Stapelgelegenheiten oder
 - das bloße Unterhalten eines Warenlagers — auch in einem Lagerhaus — zu Auslieferungszwecken, nicht aber zu Auslieferungszwecken,
 es sei denn, daß die Voraussetzungen des Doppelbuchstabens (dd) vorliegen.
- (dd) Eine Betriebsstätte gilt als vorhanden, wenn ein Unternehmen eines der Gebiete in dem anderen Gebiet

- (i) einen Vertreter oder einen Angestellten hat, der eine allgemeine Vollmacht zu Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen für das Unternehmen besitzt und diese Vollmacht gewöhnlich ausübt, oder

- (ii) einen Vertreter oder einen Angestellten hat, der über ein Warenlager verfügt, von dem aus er regelmäßig Bestellungen für das Unternehmen ausführt.

tax, and not resident in the Federal Republic for the purposes of Federal Republic tax; a company shall be regarded as resident in the Federal Republic if

- (i) its business is managed and controlled in the Federal Republic, or
- (ii) it is incorporated in the Federal Republic and not managed and controlled in Canada.

A company shall be regarded as resident in Canada if its business is managed and controlled in Canada.

- (f) The terms “Federal Republic enterprise” and “Canadian enterprise” mean respectively an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on by a resident of the Federal Republic and an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on by a resident of Canada; and the terms “enterprise of one of the territories” and “enterprise of the other territory” mean a Federal Republic enterprise or a Canadian enterprise, as the context requires;

- (g) (aa) The term “permanent establishment” when used with respect to an enterprise of one of the territories means a branch, office, factory, workshop, warehouse, mine, stone quarry or other place of exploitation of the ground or soil, permanent sales exhibition or other fixed place of business;

- (bb) An enterprise of one of the territories shall be deemed to have a permanent establishment in the other territory if it carries on in that other territory a construction or assembly project or the like, the duration of which exceeds or will likely exceed twelve months, notwithstanding the fact that it has no fixed place of business in such other territory within the meaning of sub-paragraph (aa).

- (cc) Except as provided in sub-paragraph (dd) a permanent establishment is not constituted by
 - the use of mere storage facilities,
 - or
 - the maintenance of a stock of merchandise—whether in a warehouse or not—merely for convenience of delivery and not for purposes of display;

- (dd) An enterprise of one of the territories shall be deemed to have a permanent establishment in the other territory if in that other territory

- (i) it has an agent or employee who has and habitually exercises general authority to negotiate and conclude contracts on behalf of the enterprise;
- or

- (ii) it has an agent or employee who has a stock of merchandise from which he regularly fills orders on behalf of the enterprise.

Eine Betriebsstätte wird nicht schon deshalb angenommen, weil ein Unternehmen des einen Gebietes in dem anderen Gebiete Geschäftsbeziehungen durch einen Makler (bona fide broker), Kommissionär (general commission agent) oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, der im Rahmen seiner ordentlichen Geschäftstätigkeit handelt.

- (ee) Unterhält ein Unternehmen eines der Gebiete in dem anderen Gebiet eine ständige Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Ankauf von Gütern und Waren, so führt dies allein nicht dazu, daß diese ständige Geschäftseinrichtung als eine Betriebsstätte des Unternehmens behandelt wird.
- (ff) Hat eine Gesellschaft, die in einem der Gebiete ansässig ist, eine Tochtergesellschaft, die in dem anderen Gebiet ansässig ist oder in diesem anderen Gebiet (entweder über eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) gewerblich tätig ist, so führt dies allein nicht dazu, daß diese Tochtergesellschaft als eine Betriebsstätte der Muttergesellschaft behandelt wird.
- (h) der Begriff „zuständige Behörden“ auf seiten Kanadas den Minister of National Revenue oder seinen bevollmächtigten Vertreter; auf seiten der Bundesrepublik den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung der Vorschriften dieses Abkommens durch einen der Vertragstaaten wird jeder Begriff, der nicht in diesem Abkommen bestimmt worden ist, die Auslegung erfahren, die sich aus den Gesetzen ergibt, die in dem Gebiete dieses Vertragstaates in Kraft sind und sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens beziehen, falls nicht der Zusammenhang eine andere Auslegung erfordert.

Artikel III

(1) Gewerbliche Gewinne aus einem Unternehmen des einen Gebiets sind in dem anderen Gebiete nicht steuerpflichtig, es sei denn, daß das Unternehmen in dem anderen Gebiete durch eine dort belegene Betriebsstätte gewerblich tätig ist. Ist das Unternehmen durch eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiete gewerblich tätig, so können die Gewinne in dem anderen Gebiete besteuert werden, jedoch nur in Höhe des auf die Betriebsstätte entfallenden Anteils.

(2) Auch der Anteil an den gewerblichen Gewinnen eines Unternehmens, der auf einen in dem einen Gebiet ansässigen Mitunternehmer entfällt, ist in dem anderen Gebiete nicht steuerpflichtig, es sei denn, daß das Unternehmen in dem anderen Gebiete durch eine dort belegene Betriebsstätte gewerblich tätig ist. Ist das Unternehmen durch eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiete gewerblich tätig, so können die anteiligen Gewinne dieses Mitunternehmers in dem anderen Gebiete besteuert werden, jedoch nur in Höhe seines Anteils an dem auf die Betriebsstätte entfallenden Gewinn.

(3) Ist ein Unternehmen eines der Gebiete in dem anderen Gebiete durch eine dort belegene Betriebsstätte gewerblich tätig, so sind dieser Betriebsstätte diejenigen gewerblichen Gewinne zuzuweisen, die sie in diesem anderen Gebiet erzielen könnte, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befände und mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen tätigte.

An enterprise of one of the territories shall not be deemed to have a permanent establishment merely because it carries on business dealings in the other territory through a bona fide broker, general commission agent or other independent agent acting in the ordinary course of his business as such;

- (ee) The fact that an enterprise of one of the territories maintains in the other territory a fixed place of business exclusively for the purchase of goods or merchandise shall not of itself constitute that fixed place of business a permanent establishment of the enterprise;
- (ff) The fact that a company which is a resident of one of the territories has a subsidiary company which is a resident of the other territory or which carries on a trade or business in that other territory (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not of itself constitute that subsidiary company a permanent establishment of its parent company.
- (h) The term "competent authorities" means in the case of Canada, the Minister of National Revenue or his authorised representative, in the case of the Federal Republic, the Federal Minister of Finance.

(2) In the application of the provisions of this Convention by one of the contracting States any term not otherwise defined in this Convention shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws in force in the territory of that State relating to the taxes which are the subject of this Convention.

Article III

(1) The industrial or commercial profits of an enterprise of one of the territories shall not be subject to tax in the other territory unless the enterprise carries on a trade or business in the other territory through a permanent establishment situated therein. If it carries on a trade or business in that other territory through a permanent establishment situated therein, tax may be imposed on those profits in the other territory but only on so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) The share of the industrial or commercial profits of an undertaking accruing to a partner therein who is a resident of one of the territories shall likewise not be subject to tax in the other territory unless the undertaking carries on a trade or business in that other territory through a permanent establishment situated therein. If it carries on a trade or business in that other territory through a permanent establishment situated therein tax may be imposed in the other territory on the share of the profits accruing to that partner, but only on so much as represents his share of the profits attributable to the permanent establishment.

(3) Where an enterprise of one of the territories carries on a trade or business in the other territory through a permanent establishment situated therein, there shall be attributed to that permanent establishment the industrial or commercial profits which it might be expected to derive in that other territory if it were an independent enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing at arm's length with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(4) Bei der Ermittlung der gewerblichen Gewinne einer Betriebsstätte können alle billigerweise der Betriebsstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten abgezogen werden.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht dahin auszulegen, das sie einen der Vertragstaaten hindern, die aus Quellen innerhalb seines Gebietes einer in dem anderen Gebiet ansässigen Person zufließenden Einkünfte (z. B. Dividenden, Zinsen, Mieten oder Lizenzgebühren) nach Maßgabe dieses Abkommens zu besteuern, wenn diese Einkünfte nicht einer in dem erstgenannten Gebiete belegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind.

(6) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragstaaten können sich über die Aufstellung von Richtlinien für die Aufteilung der gewerblichen Gewinne verständigen.

Artikel IV

Wenn

- (a) die Person, die ein Unternehmen eines der Gebiete betreibt, an der Geschäftsführung, der Leitung oder an dem Kapital eines Unternehmens des anderen Gebietes unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, oder
- (b) die gleiche Person an der Geschäftsführung, der Leitung oder an dem Kapital eines Unternehmens eines der Gebiete und eines Unternehmens des anderen Gebietes unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist,

und in diesen Fällen im Verhältnis beider Unternehmen zueinander für ihre kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die sich von den Bedingungen unterscheiden, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so können Gewinne, die ohne diese Bedingungen einem der Unternehmen zugeflossen wären, aber infolge dieser Bedingungen nicht zugeflossen sind, den Gewinnen dieses Unternehmens hinzugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel V

(1) Gewinne, die eine in einem der Gebiete ansässige Person aus einem Unternehmen mit Geschäftsleitung in diesem Gebiete durch den Betrieb von eigenen oder gecharterten Schiffen oder Luftfahrzeugen erzielt, sind in dem anderen Gebiete steuerfrei.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus Beteiligungen von Luftfahrunternehmen an einem Pool oder an einer Betriebsgemeinschaft.

Artikel VI

(1) Der Satz der Steuer für Dividenden, die einer in einem der Gebiete ansässigen Gesellschaft von einer in dem anderen Gebiet ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, der mehr als 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der letztgenannten Gesellschaft gehören, darf in dem anderen Gebiete 15 vom Hundert nicht übersteigen.

(2) Bezieht eine in einem der Gebiete ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus Quellen innerhalb des anderen Gebietes, so darf in dem anderen Gebiete nicht erhoben werden:

- (a) eine Steuer von den Dividenden, die die Gesellschaft an eine in diesem anderen Gebiete nicht ansässige Person zahlt, es sei denn, daß die Dividenden einer Betriebsstätte zuzurechnen sind, die in diesem anderen Gebiete von einer dort nicht ansässigen Person unterhalten wird,

(4) In determining industrial or commercial profits of a permanent establishment there shall be allowed as deductions all expenses reasonably allocable to the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so allocable.

(5) Paragraphs (1) and (2) shall not be construed as preventing one of the contracting States from imposing pursuant to this Convention a tax on income (e. g. dividends, interest, rents or royalties) derived from sources within its territory by a resident of the other territory if such income is not attributable to a permanent establishment in the first-mentioned territory.

(6) The competent authorities of the two contracting States may lay down rules by agreement for the apportionment of industrial or commercial profits.

Article IV

Where

- (a) the person carrying on an enterprise of one of the territories participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other territory, or
- (b) the same person participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of one of the territories and an enterprise of the other territory,

and, in either case, conditions are made or imposed between the two enterprises, in their commercial or financial relations, which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would but for those conditions have accrued to one of the enterprises but by reason of those conditions have not so accrued may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article V

(1) Profits accruing to a resident of one of the territories from an enterprise which is managed and controlled in that territory and derives such profits from operating ships or aircraft, whether owned or chartered by the enterprise, shall be exempt from tax in the other territory.

(2) Paragraph (1) shall likewise apply in respect of participations in pools of any kind by enterprises engaged in air-transport.

Article VI

(1) The rate of tax on dividends paid to a company which is a resident of one of the territories by a company resident in the other territory more than 25% of the voting shares of which are owned by the former company shall not exceed 15% in the other territory.

(2) Where a company which is a resident of one of the territories derives profits or income from sources within the other territory there shall not be imposed in that other territory:—

- (i) any form of taxation on dividends paid by the company to a person not resident in that other territory unless such dividend is attributable to a permanent establishment maintained in that other territory by a person not resident in that territory or

(b) irgendeine Abgabe in der Art einer Gewinnsteuer auf nicht ausgeschüttete Gewinne der Gesellschaft.

(3) Unter den Begriff „Dividenden“ im Sinne dieses Abkommens fallen auch Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

(4) Absatz 1 gilt nicht, wenn die in dem einen Gebiet ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiet hat und die Dividenden dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

Artikel VII

(1) Der Satz der Steuer für Zinsen aus Obligationen, Wertpapieren, Wechseln, Schuldverschreibungen oder aus irgendeiner anderen Schuldverpflichtung (außer den Zinsen für Forderungen, die durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und Zinsen für Wandelanleihen und Gewinnobligationen), die aus Quellen innerhalb eines der Gebiete von einer in dem anderen Gebiet ansässigen Person bezogen werden, darf in dem erstgenannten Gebiete 15 vom Hundert nicht übersteigen.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die in dem einen Gebiet ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiet hat und die Zinsen dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

Artikel VIII

(1) Lizenzgebühren für Urheberrechte und andere Vergütungen, die für die Herstellung oder Wiedergabe von literarischen, Bühnenschriftstellerischen, musikalischen oder künstlerischen Werken gezahlt werden (außer Lizenzgebühren und andere Vergütungen für kinematographische Filme und Filme, die für das Fernsehen verwendet werden) und die aus Quellen innerhalb eines der Gebiete von einer in dem anderen Gebiet ansässigen Person bezogen werden, sind in dem erstgenannten Gebiet steuerfrei.

(2) Der Satz der Steuer für Lizenzgebühren und andere Vergütungen, die als Gegenleistungen für die Ueberlassung des Gebrauchsrechts an Patenten, Mustern, Plänen, geheimen Verfahren und Formeln, Markenrechten und ähnlichen Vermögenswerten und Rechten gezahlt werden und die aus Quellen innerhalb eines der Gebiete von einer in dem anderen Gebiet ansässigen Person bezogen werden, darf in dem erstgenannten Gebiete 15 vom Hundert nicht übersteigen.

(3) Der Satz der Steuer für Lizenzgebühren und andere Vergütungen für kinematographische Filme und für Filme, die für das Fernsehen verwendet werden, die aus Quellen innerhalb eines der Gebiete von einer in dem anderen Gebiet ansässigen Person bezogen werden, darf in dem erstgenannten Gebiete 10 vom Hundert nicht übersteigen.

(4) Überschreiten die für die Rechte gezahlten Lizenzgebühren den Betrag einer angemessenen Gegenleistung, so gilt die in diesem Artikel bestimmte Befreiung nur für den Betrag der Lizenzgebühren, der einer angemessenen Gegenleistung entspricht.

(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten nicht, wenn die in dem einen Gebiet ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiet hat und die in diesen Absätzen bezeichneten Einkünfte dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

(ii) any tax in the nature of an undistributed profits tax on undistributed profits of the company.

(3) In this Convention the term "dividends" includes profits distributed to persons participating in a *Gesellschaft mit beschränkter Haftung*.

(4) Paragraph (1) shall not apply where a resident of one of the territories has a permanent establishment in the other territory and such dividends are attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Convention shall be applicable.

Article VII

(1) The rate of tax on interest on bonds, securities, notes, debentures or on any other form of indebtedness (exclusive of interest on debts secured by mortgages on real estate and interest on convertible bonds and income bonds) derived from sources within one of the territories by a resident of the other territory shall not exceed 15% in the first mentioned territory.

(2) Paragraph (1) shall not apply where a resident of one of the territories has a permanent establishment in the other territory and such interest is attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Convention shall be applicable.

Article VIII

(1) Copyright royalties and other like payments made in respect of the production or reproduction of any literary, dramatic, musical or artistic work (excluding royalties and like payments in respect of motion picture films and films for use in connection with television) and derived from sources within one of the territories by a resident of the other territory shall be exempt from tax in that first-mentioned territory.

(2) The rate of tax on royalties and other payments derived as consideration for the right to use patents, designs, plans, secret processes and formulae, trade marks and other like property and rights derived from sources within one of the territories by a resident of the other territory shall not exceed 15% in the first mentioned territory.

(3) The rate of tax on royalties and like payments in respect of motion picture films and films for use in connection with television derived from sources within one of the territories by a resident of the other territory shall not exceed 10% in the first mentioned territory.

(4) Where any royalty exceeds a fair and reasonable consideration in respect of the rights for which it is paid, the exemption provided by this Article shall apply only to so much of the royalties as represents such fair and reasonable consideration.

(5) Paragraphs (1), (2) and (3) shall not apply where a resident of one of the territories has a permanent establishment in the other territory and such items of income as are dealt with in these paragraphs are attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Convention shall be applicable.

Artikel IX

(1) Eine in einem der Gebiete ansässige Person ist in dem anderen Gebiete von jeder Steuer auf den Gewinn aus dem Verkauf, der Übertragung oder dem Tausch von Vermögenswerten befreit, soweit nicht Artikel XIII anzuwenden ist.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die in dem einen Gebiet ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiet hat und die Gewinne dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt nicht für Gewinne aus der Veräußerung eines Anteils an einer in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaft, an der der Veräußerer wesentlich beteiligt ist.

Artikel X

(1) Entgelte (mit Ausnahme der Ruhegehälter), die von öffentlichen Kassen eines der Vertragstaaten oder seiner Gebietskörperschaften einer natürlichen Person auf Grund von Dienstleistungen für diesen Staat oder seine Gebietskörperschaften gezahlt werden, sind in dem Gebiete des anderen Staates steuerfrei, wenn die natürliche Person Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Die Vorschriften dieses Artikels sind nicht auf Zahlungen für Dienstleistungen anzuwenden, die im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit der Staaten oder ihrer Gebietskörperschaften ausgeführt worden sind.

Artikel XI

(1) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit (einschließlich der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied) oder Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die von einer in einem der Gebiete ansässigen natürlichen Person bezogen werden, können auch in dem anderen Gebiete besteuert werden, jedoch nur, wenn die Tätigkeit in dem anderen Gebiet ausgeübt wird.

(2) Eine in der Bundesrepublik ansässige natürliche Person ist von der kanadischen Steuer auf die in Absatz 1 bezeichneten Einkünfte befreit, falls sie sich in Kanada in einem Steuerjahr vorübergehend nicht länger als insgesamt 183 Tage aufhält und eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllt ist:

(a) wenn die Vergütung auf Grund einer Tätigkeit für oder zugunsten einer in der Bundesrepublik ansässigen Person bezogen und von dieser Person getragen wird, oder

(b) wenn die für diese Tätigkeit bezogene Bruttovergütung 3000 Dollar nicht übersteigt.

(3) Absatz 2 ist auf eine in Kanada ansässige natürliche Person, die Vergütungen für eine in der Bundesrepublik ausgeübte Tätigkeit bezieht, entsprechend anzuwenden.

(4) Die Absätze 2 und 3 sind nicht auf Vergütungen an Personen anzuwenden, die zur öffentlichen Unterhaltung beitragen, z. B. Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler, Musiker, Artisten und Berufssportler.

Artikel XII

(1) Ruhegehälter (mit Ausnahme der Ruhegehälter, die von öffentlichen Kassen eines der Staaten oder seiner Gebietskörperschaften gezahlt werden) und Renten, die aus Quellen innerhalb eines der Gebiete von einer in dem anderen Gebiet ansässigen natürlichen Person bezogen werden, sind in dem erstgenannten Gebiete steuerfrei.

Article IX

(1) Except as provided in Article XIII a resident of one of the territories shall be exempt in the other territory from any tax on gains from the sale, transfer or exchange of capital assets.

(2) Paragraph (1) shall not apply where a resident of one of the territories has a permanent establishment in the other territory and such gains are attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Convention shall be applicable.

(3) Paragraph (1) shall not apply to the profits from the sale of shares in a company of the Federal Republic in which the vendor had a substantial interest.

Article X

(1) Remuneration (other than pensions) paid out of public funds of one of the contracting States or political sub-divisions thereof to any individual for services to that State or political sub-division thereof shall be exempt from tax in the territory of the other State if the individual is a citizen of the first-mentioned State.

(2) The provisions of this Article shall not apply to payments in respect of services in connection with any trade or business carried on by either of the contracting States or political sub-divisions thereof for purposes of profit.

Article XI

(1) Profits or remuneration from a profession (including services as a director) or employment earned by an individual who is a resident of one of the territories may also be taxed in the other territory but only if the activities are performed in the latter territory.

(2) An individual resident of the Federal Republic shall be exempt from Canadian tax upon the profits or remuneration referred to in paragraph (1) if he is temporarily present in Canada for a period or periods not exceeding a total of 183 days during the taxable year and either of the following conditions is met:

(a) his compensation is received for activities performed for or on behalf of a resident of the Federal Republic and such compensation is borne by such resident, or

(b) his compensation received for such activities does not exceed \$ 3,000 gross.

(3) The provisions of paragraph (2) of this Article shall apply, mutatis mutandis, to an individual resident of Canada with respect to compensation for activities performed in the Federal Republic.

(4) The provisions of paragraphs (2) and (3) shall not apply to compensation of public entertainers such as theatre, motion picture, radio or variety artists, musicians or athletes.

Article XII

(1) Any pension (excluding any pension paid out of public funds of one of the states or political subdivision thereof) and any annuity, derived from sources within one of the territories by an individual who is a resident of the other territory shall be exempt from tax in the first-mentioned territory.

(2) Unter dem in diesem Artikel verwendeten Begriff „Ruhegehälter“ sind regelmäßig wiederkehrende Vergütungen zu verstehen, die für frühere Dienstleistungen oder zum Ausgleich erlittener Nachteile entrichtet werden.

(3) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für bereits in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistungen vorsieht.

Artikel XIII

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Gewinne aus dem Verkauf oder Tausch solchen Vermögens) können in dem Gebiete besteuert werden, in dem sich die Liegenschaft befindet. Als Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen gelten auch die Zinsen für Forderungen, die durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und Lizenzgebühren oder andere Beträge, die mit Rücksicht auf den Betrieb eines Bergwerks, Steinbruchs oder einer anderen Stätte der Ausbeutung von Grund und Boden gezahlt werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn eine in einem der Gebiete ansässige Person eine Betriebsstätte in dem anderen Gebiet hat und die Einkünfte dieser Betriebsstätte zuzurechnen sind; in diesem Fall ist Artikel III anzuwenden.

Artikel XIV

Hochschullehrer oder Lehrer aus einem der Gebiete, die während eines vorübergehenden Aufenthaltes von höchstens zwei Jahren für eine Lehrtätigkeit an einer Universität, Hochschule, Schule oder einer anderen Lehranstalt in dem anderen Gebiet eine Vergütung erhalten, sind hinsichtlich dieser Vergütung in dem anderen Gebiete nicht steuerpflichtig.

Artikel XV

Studenten oder Lehrlinge (in der Bundesrepublik einschließlich der Volontäre und Praktikanten) aus einem der Gebiete, die in dem anderen Gebiet eine ganzjährige Erziehung oder Ausbildung erhalten, sind in dem anderen Gebiet in bezug auf die Zahlungen nicht steuerpflichtig, die an sie von Personen in dem erstgenannten Gebiete für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder Ausbildung geleistet werden.

Artikel XVI

(1) Kanada wird von der kanadischen Steuer auf Einkünfte, die aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik stammen und in Kanada steuerpflichtig sind, den Abzug des hierfür entrichteten Betrags der Steuer der Bundesrepublik zulassen; dies gilt nicht für die Besteuerung einer Non-resident-owned Investment Corporation. Der abzugsfähige Betrag darf nicht höher sein als der Teil der kanadischen Steuer, der sich aus dem Verhältnis des aus der Bundesrepublik stammenden und dort steuerpflichtigen Einkommens zu dem der kanadischen Steuer unterworfenen Gesamteinkommen ergibt.

(2) Bei der Festsetzung ihrer in Artikel I dieses Abkommens bezeichneten Steuern wird die Bundesrepublik, soweit in der Bundesrepublik ansässige Personen in Frage stehen, diejenigen Einkünfte aus Quellen innerhalb Kanadas, die nach kanadischem Recht und nach diesem Abkommen nicht von der kanadischen Steuer befreit sind, von der Bemessungsgrundlage ausnehmen. Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die nach diesem Absatz von der Bemessungsgrundlage ausgenommenen Einkünfte

(2) The term "pension", as used in this Article, means periodic payments made in consideration for services rendered or by way of compensation for injuries received.

(3) The term "annuity" means a stated sum payable periodically at stated times, during life or during a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

Article XIII

(1) Income from immovable property (including gains derived from the sale or exchange of such property) may be subjected to tax in the territory in which the property is situated. Interest on debts secured by mortgages on real estate and royalties or other amounts paid in respect of the operation of a mine, stone quarry or any other extraction of natural resources shall be regarded as income derived from immovable property.

(2) Paragraph (1) shall not apply where a resident of one of the territories has a permanent establishment in the other territory and such income is attributable to that permanent establishment; in such event Article III of this Convention shall be applicable.

Article XIV

A professor or teacher from one of the territories, who receives remuneration for teaching, during a period of temporary residence not exceeding two years, at a university, college, school or other educational institution in the other territory, shall be exempt from tax in that other territory in respect of that remuneration.

Article XV

A student or business apprentice (including, in the Federal Republic, a Volontär or a Praktikant) from one of the territories, who is receiving full-time education or training in the other territory, shall be exempt from tax in that other territory on payments made to him by persons in the first-mentioned territory for the purposes of his maintenance, education or training.

Article XVI

(1) Except in the case of a Non-resident-owned Investment Corporation Canada agrees to allow as a deduction from Canadian tax on any income derived from sources within the Federal Republic that is subject to tax in Canada the amount of Federal Republic tax payable in respect of that income. The amount of the deduction shall not exceed the proportion of the Canadian tax that the income from sources within the Federal Republic that is subject to Federal Republic tax bears to the total income subject to Canadian tax.

(2) In determining its taxes specified in Article I of this Convention the Federal Republic, when dealing with the question of residents of the Federal Republic, shall exclude from the basis upon which its taxes are imposed all income from sources within Canada which, according to Canadian law, and according to this Convention, are not exempt from Canadian tax. The Federal Republic, however, reserves the right to take into account in the determination of its rate of taxation the income excluded

bei der Festsetzung des anwendbaren Steuersatzes zu berücksichtigen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Dividendeneinkünfte, mit Ausnahme der in Artikel VI Abs. 1 bezeichneten Dividenden, und nicht für Einkünfte im Sinne der Artikel VII Abs. 1 und VIII Abs. 2 und 3; die von diesen Einkünften erhobene kanadische Steuer wird jedoch auf Antrag auf die Steuer der Bundesrepublik für diese Einkünfte, die nach einem durchschnittlichen Steuersatz berechnet wird, angerechnet.

(3) Im Sinne dieses Artikels gelten Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit (einschließlich der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied) oder Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die in einem der Gebiete ausgeübt werden, als Einkünfte aus Quellen innerhalb dieses Gebietes. Die Dienste einer natürlichen Person, die ausschließlich oder überwiegend auf Schiffen oder Luftfahrzeugen geleistet werden, die ein Unternehmen mit Geschäftsleitung in einem der Gebiete betreibt, gelten als in diesem Gebiete geleistet.

Artikel XVII

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich auf Verlangen die Mitteilungen geben, die nach den Steuergesetzen der Vertragsstaaten verlangt werden können und die erforderlich sind, um die Vorschriften dieses Abkommens durchzuführen, oder um Hinterziehungen und ähnliche Handlungen bei Steuern, die unter dieses Abkommen fallen, zu verhindern. Der Inhalt dieser Mitteilungen ist geheim zu halten und nur Personen zugänglich zu machen, die sich mit der Veranlagung oder der Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befassen. Mitteilungen, die ein Handels-, Geschäfts-, gewerbliches oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren offenbaren würden, dürfen nicht gegeben werden.

(2) Die Vorschriften dieses Artikels dürfen nicht dahin ausgelegt werden, daß sie einem der Vertragsstaaten die Verpflichtung auferlegen, Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von seinen Vorschriften oder von seiner Verwaltungspraxis abweichen, oder die seiner Souveränität, Sicherheit oder dem ordre public widersprechen, oder Angaben zu übermitteln, die weder auf Grund seiner eigenen noch auf Grund der Gesetzgebung des ersuchenden Staates beschafft werden können.

Artikel XVIII

(1) Weist eine in einem der Gebiete ansässige Person nach, daß Maßnahmen der Steuerbehörden der Vertragsstaaten die Wirkung einer Doppelbesteuerung haben oder haben werden, die den Vorschriften dieses Abkommens widerspricht, so kann sie ihren Fall dem Staat, in dem sie ansässig ist, unterbreiten. Werden ihre Einwendungen für begründet erachtet, so wird die zuständige Behörde des angerufenen Staates anstreben, sich mit der zuständigen Behörde des anderen Staates über eine Vermeidung dieser Doppelbesteuerung zu verständigen.

(2) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten oder Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder im Verhältnis zu Abkommen der Vertragsstaaten mit dritten Staaten auftreten, werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verständigen.

Artikel XIX

(1) Die Vorschriften dieses Abkommens berühren nicht das Recht auf andere oder zusätzliche Befreiungen, die den diplomatischen und konsularischen Beamten zur Zeit zustehen oder ihnen künftig eingeräumt werden.

in accordance with the provisions of this paragraph. Sentences 1 and 2 shall not apply to income from dividends with the exception of dividends specified in Article VI, Para. (1) and also not for incomes within the meaning of Article VII, Para. (1) and Article VIII, Paras. (2) and (3); the Canadian tax collected on this income shall, however, on application, be allowed as a credit against the Federal Republic tax payable in respect of these incomes computed on the basis of an average rate of taxation.

(3) For the purposes of this Article, profits or remuneration from a profession (including services as a director) or employment performed in one of the territories shall be deemed to be income from sources within that territory, and the services of an individual whose services are wholly or mainly performed in ships or aircraft operated by an enterprise managed and controlled in one of the territories shall be deemed to be performed in that territory.

Article XVII

(1) The competent authorities of the contracting States shall upon request exchange such information (being information available under the respective taxation laws of the contracting States) as is necessary for carrying out the provisions of this Convention or for the prevention of fraud or the like in relation to the taxes which are the subject of this Convention. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons other than those concerned with the assessment and collection of the taxes which are the subject of this Convention. No information shall be exchanged which would disclose any trade, business, industrial or professional secret or any trade process.

(2) In no case shall the provisions of this Article be construed so as to impose upon either of the contracting States the obligation to carry out administrative measures at variance with the regulations and practice of either contracting State or which would be contrary to its sovereignty, security or public policy or to supply particulars which are not procurable under its own legislation or that of the State making application.

Article XVIII

(1) Where a resident of one of the territories shows proof that the action of the tax authorities of the contracting States has resulted or will result in double taxation contrary to the provisions of this Convention, he shall be entitled to present his case to the State of which he is a resident. Should his claim be deemed worthy of consideration, the competent authority of the State to which the claim is made shall endeavour to come to an agreement with the competent authority of the other State with a view to avoidance of double taxation.

(2) For the settlement of difficulties or doubts in the interpretation or application of this Convention or in respect of its relation to Conventions of the contracting States with third States the competent authorities of the contracting States shall reach a mutual agreement as quickly as possible.

Article XIX

(1) The provisions of this Convention shall not be construed to deny or affect in any manner the right of diplomatic and consular officers to other or additional exemptions now enjoyed or which may hereafter be granted to such officers.

(2) Durch die Vorschriften dieses Abkommens werden die Ansprüche auf Befreiungen, Abzüge, Steueranrechnungen oder andere Vergünstigungen, die zur Zeit oder künftig durch die Gesetze eines der Vertragsstaaten oder durch ein anderes Abkommen zwischen den Vertragsstaaten bei der Steuerfestsetzung eingeräumt werden, nicht beschränkt.

(3) Den Staatsangehörigen eines der Vertragsstaaten, die in dem anderen Staat ansässige Personen sind, dürfen dort nicht andere oder höhere Steuern auferlegt werden als den Staatsangehörigen dieses anderen Staates, die dort ansässig sind. Der Ausdruck „Staatsangehörige“ umfaßt auch alle juristischen Personen, Personengesellschaften (partnerships) und Vereinigungen, die nach dem in dem einen oder anderen Vertragsstaate geltenden Recht errichtet sind.

Artikel XX

(1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können Richtlinien erlassen, die für die Anwendung dieses Abkommens in ihrem Staatsgebiet erforderlich sind.

(2) Zum Zwecke der Anwendung dieses Abkommens können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel XXI

(1) Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Kanada innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens auf das Land Berlin gelten die Bezugnahmen in diesem Abkommen auf die Bundesrepublik auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Artikel XXII

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Bonn auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt dann

- (a) in bezug auf die kanadischen Steuern: für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar 1954 beginnen;
- (b) in bezug auf die Steuern der Bundesrepublik: für Steuern, die für das Kalenderjahr 1954 und für die folgenden Kalenderjahre erhoben werden.

Artikel XXIII

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten am oder vor dem 30. Juni jedes Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr 1958 folgt, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat kündigen; in diesem Falle verliert dieses Abkommen seine Gültigkeit

- (a) in bezug auf die kanadischen Steuern: für die Steuerjahre, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahres beginnen, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- (b) in bezug auf die Steuern der Bundesrepublik: für Steuern, die für die Kalenderjahre erhoben werden, die dem Kündigungsjahr folgen.

(2) The provisions of this Convention shall not be construed to restrict in any manner any exemption, deduction, credit or other allowance now or hereafter accorded, by the laws of one of the contracting States in the determination of the tax imposed by such State, or by any other Convention between the contracting States.

(3) The citizens of one of the contracting States shall not, while residents in the other contracting State, be subject therein to other or more burdensome taxes than are the citizens of such other contracting State, which are residents in its territory. The term "citizens" includes all juridical persons, partnerships and associations created or organized under the laws in force in the respective contracting States.

Article XX

(1) The competent authorities of the two contracting States may prescribe regulations necessary to carry into effect this Convention within the respective States.

(2) The competent authorities of the two contracting States may communicate with each other directly for the purpose of giving effect to the provisions of this Convention.

Article XXI

(1) This Convention shall apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not delivered a contrary declaration to the Government of Canada within three months from the date of entry into force of the Convention.

(2) Upon the application of this Convention to Land Berlin, references in the Convention to the Federal Republic shall be deemed also to be references to Land Berlin.

Article XXII

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) This Convention shall come into force after the expiration of a month following the date on which the instruments of ratification are exchanged and shall thereupon have effect—

- (a) in respect of Canadian tax, for the taxation years beginning on or after the 1st day of January 1954;
- (b) in respect of the Federal Republic tax, for taxes which are levied for the calendar year 1954 and for the subsequent calendar years.

Article XXIII

(1) This Convention shall continue in effect indefinitely but either of the contracting States may on or before the 30th day of June in any calendar year after 1958 give to the other contracting State notice of termination, and in such event this Convention shall cease to be effective—

- (a) in respect of Canadian tax, for the taxation years beginning on or after the 1st day of January in the calendar year next following that in which notice of termination is given;
- (b) in respect of the Federal Republic tax, for taxes which are levied for the calendar years following the year in which the notice of termination is given.

(2) Die in den Artikeln VI Abs. 1, VII Abs. 1 und VIII Abs. 2 und 3 vorgesehene Begrenzung des Steuersatzes auf 15 vom Hundert oder 10 vom Hundert und die Vorschrift des Artikels XVI Abs. 2 können von jedem der beiden Vertragsstaaten schriftlich auf diplomatischem Weg am oder vor dem 30. Juni eines jeden Jahres, nachdem das Abkommen drei Jahre in Kraft gewesen ist, dem anderen Staat gegenüber gekündigt werden. In diesem Falle verlieren die Begrenzung und die Vorschrift des Artikels XVI Abs. 2 über die Anrechnung ihre Gültigkeit mit dem ersten Januar des auf die Kündigung folgenden Jahres.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Ottawa am vierten Juni neunzehnhundertsechsfünfzig in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei die beiden Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind.

(2) The limitation of the rate of taxation to 15% or 10% provided for by Article VI, Para. (1), Article VII, Para. (1) and Article VIII, Paras. (2) and (3) and the provisions of Article XVI, Para. (2), may be terminated by either of the contracting States by giving written notice of termination to the other State through diplomatic channels on or before the 30th day of June of any year after this Convention has been in force for three years. In such an event this limitation and the provisions of Article XVI, Para. (2) concerning credits shall cease to be effective as of the 1st day of January of the year following that in which such notice is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned duly authorised thereto have signed this Convention and have affixed thereto their seals.

DONE in duplicate at Ottawa on June fourth nineteen hundred and fifty-six in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Werner Dankwort

Für Kanada
gezeichnet:
W. E. Harris

For the Federal Republic of Germany
signed:
Werner Dankwort

For Canada
signed:
W. E. Harris

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial.**

Vom 5. April 1957.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hat gemäß Artikel XIII des in New York am 7. November 1952 unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 633) erklärt, daß das Abkommen mit Wirkung vom 7. März 1957 auf folgende Gebiete Anwendung findet:

Aden
Barbados
Britisch-Guayana
Britisch-Honduras
Zypern
Falkland-Inseln
Fidschi-Inseln
Gambia
Gibraltar
Goldküste
Hongkong
Jamaika
Kenia — mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

„Kenya shall not be bound by Article V of the Convention.“ „Kenia ist durch Artikel V des Abkommens nicht gebunden.“

Leeward-Inseln
Antigua, Montserrat, St. Christopher, Nevis und Anguilla, Britische Virgin-Inseln
Malayische Föderation
Malta — mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

„(i) The period allowed by law for re-exportation of goods released on temporary importation is three months but this period may be extended on sufficient cause being shown.“ (1) Die gesetzliche Frist für die Wiederausfuhr von für den Zollvormerkverkehr (zur vorübergehenden Einfuhr) zugelassenen Waren beträgt drei Monate und kann bei hinreichender Begründung verlängert werden.

„(ii) If the whole quantity of goods is not taken out of Malta the deposit made to cover duty shall be forfeited.“ (2) Wird nicht die Gesamtheit der Waren aus Malta wiederausgeführt, so verfällt der zur Deckung der Zollabgaben hinterlegte Betrag.

(iii) Samples of high value will be controlled under temporary importation and under regulations to be made in accordance with paragraph 3 of Article III of the Convention.“

(3) Muster von hohem Wert unterliegen der Kontrolle nach den Bestimmungen für die vorübergehende Einfuhr und nach den Regelungen, die gemäß Artikel III Absatz 3 des Abkommens zu treffen sind.“

Mauritius
Nordborneo
Föderation von Nigeria
St. Helena
Sarawak
Seychellen
Sierra Leone
Singapur
Protectorat Somaliland
Tanganyika — unter folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

„Tanganyika shall not be bound by Article V of the Convention.“ „Tanganyika ist durch Artikel V des Abkommens nicht gebunden.“

Trinidad und Tobago — mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

„Paragraph 6 of Article III cannot be implemented in Trinidad as the Customs and Excise Department is not self-accounting and refunds are made on Treasury vouchers.“ „Artikel III Absatz 6 findet in Trinidad keine Anwendung, da das Zoll- und Steuerdepartment keine eigene Abrechnungsstelle hat und Rückzahlungen gegen Schatzamtsbelege erfolgen.“

Uganda — mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

„Uganda shall not be bound by Article V of the Convention.“ „Uganda ist durch Artikel V des Abkommens nicht gebunden.“

Windward-Inseln
Tonga
Dominica
Grenada
St. Lucia
St. Vincent
Sansibar.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Januar 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 8).

Bonn, den 5. April 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 42
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1934
über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934)
für die Bundesrepublik Deutschland.**

Vom 27. März 1957.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 4. April 1955 betreffend das Übereinkommen Nr. 42 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1934 über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934) [Bundesgesetzbl. 1955 II S. 577] wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland am 17. Juni 1956 in Kraft getreten ist. Die Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland ist am 17. Juni 1955 von dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf eingetragen worden.

Das Übereinkommen ist ferner in Kraft getreten für

Norwegen	am	17. Juni 1936
Ungarn	am	17. Juni 1936
Osterreich	am	26. Februar 1937
Großbritannien und Nordirland	am	29. April 1937
Japan	am	6. Juni 1937
Brasilien	am	8. Juni 1937
Kuba	am	22. Oktober 1937
Schweden	am	24. Februar 1938
Irland	am	15. März 1938
Mexiko	am	20. Mai 1938
Neuseeland	am	29. März 1939
Dänemark	am	22. Juni 1940
die Niederlande	am	1. September 1940
Irak	am	25. Juli 1942
die Türkei	am	27. Dezember 1947
Frankreich	am	17. Mai 1949
Polen	am	29. September 1949
die Tschechoslowakei	am	1. Juli 1950
Belgien	am	3. August 1950
Bulgarien	am	29. Dezember 1950
Finnland	am	20. Januar 1951
Argentinien	am	14. März 1951
die Südafrikanische Union	am	26. Februar 1953
Griechenland	am	13. Juni 1953
Italien	am	22. Oktober 1953
Uruguay	am	18. März 1955
Bolivien	am	19. Juli 1955
Haiti	am	19. April 1956.

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Frankreich für Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique und Réunion mit Wirkung vom 27. April 1955,

die Niederlande für Surinam mit Wirkung vom 13. Juli 1951 und für die Niederländischen Antillen mit Wirkung vom 15. Dezember 1955,

Italien für Somaliland mit Wirkung vom 23. Juni 1954 mit nachstehenden Einschränkungen:

(Übersetzung)

„The scope of the insurance scheme is extended to cover all the occupational diseases listed in the Convention except silicosis and anthrax infection.

„Der Geltungsbereich der Versicherung wird auf alle im Übereinkommen bezeichneten Berufskrankheiten mit Ausnahme von Silikose und Ansteckung durch Milzbrand erstreckt.

Silicosis is not included in the list of occupational diseases appended to the relevant Order as the productive activities at present being carried on in Somaliland do not include any processes generally recognised as giving rise to a risk of silicosis.

Silikose ist in das Verzeichnis der Berufskrankheiten im Anhang der entsprechenden Verordnung nicht aufgenommen worden, weil bei den zur Zeit in Somaliland ausgeübten Gewerben keine Verfahren vorkommen, die allgemein als silikosegefährlich gelten.

Anthrax infection has been omitted from the list of occupational diseases because under Order No. 27 of 7 December 1951, it is already covered by the industrial accident insurance scheme, as it is in Italian legislation.

Die Ansteckung durch Milzbrand ist deshalb nicht in das Verzeichnis der Berufskrankheiten aufgenommen worden, weil sie bereits gemäß Verordnung Nr. 27 vom 7. Dezember 1951 nach den italienischen Rechtsvorschriften über die gewerbliche Unfallversicherung gedeckt ist.

On the other hand, the list includes the following occupational diseases, which it was felt should be covered by the insurance scheme but are not mentioned in the list in Convention No. 42:

Andererseits umfaßt das Verzeichnis folgende im Verzeichnis des Übereinkommens Nr. 42 nicht angeführte Berufskrankheiten, deren Einbeziehung in die Versicherung für zweckmäßig erachtet wurde:

diseased caused by: (1) chromium and its compounds and their direct sequelae; (2) bromine, chlorine, fluorine, iodine and their compounds and their direct sequelae; (3) sulphur dioxide, sulphuric acid and hydrogen sulphide and their direct sequelae; (4) carbon monoxide and their direct sequelae; (5) carbon disulphide and their direct sequelae; (6) petroleum ether and benzine and their direct sequelae; (7) hydrocarbons of the benzene group (benzol, toluol, xylol and other homologues) and their direct sequelae; (8) phenols, thiophenols and cresols and their direct sequelae; (9) formal-

Erkrankungen durch: (1) Chrom und seine Verbindungen sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (2) Brom, Chlor, Fluor, Jod und deren Verbindungen sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (3) Schwefeldioxyd, Schwefelsäure und Schwefelwasserstoff sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (4) Kohlenmonoxyd sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (5) Schwefelkohlenstoff sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (6) Petroleumäther und Benzin sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (7) Kohlen-

dehyde and formic acid and their direct sequelae; (10) osteo-articular and angio-neurotic diseases caused by the vibration of flexible-drive tools and tools using compressed air; (11) diseases caused by working in compressed air; (12) deafness caused by noise."

wasserstoffe der Benzolreihe (Benzol, Toluol, Xylol und andere Homologe) sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (8) Phenole, Thiophenole und Kresole sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (9) Formaldehyd und Ameisensäure sowie die unmittelbaren Folgen dieser Erkrankungen; (10) durch Vibration von Werkzeugen mit unstarrem Antrieb und von Preßluftwerkzeugen hervorgerufene Knochengelenks- und angio-neurotische Erkrankungen; (11) durch Arbeiten unter Überdruck hervorgerufene Krankheiten; (12) durch Lärm verursachte Taubheit."

Bonn, den 27. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 45
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1935
über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagarbeiten in Bergwerken jeder Art
für die Bundesrepublik Deutschland.**

Vom 18. März 1957.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Juni 1954 betreffend das Übereinkommen Nr. 45 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1935 über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagarbeiten in Bergwerken jeder Art (Bundesgesetzbl. II S. 624) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland am 15. November 1955 in Kraft getreten ist. Die Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland ist am 15. November 1954 von dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamts in Genf eingetragen worden.

Das Übereinkommen ist ferner in Kraft getreten für

Kuba	am	30. Mai 1937
Griechenland	am	30. Mai 1937
die Südafrikanische Union	am	25. Juni 1937
Schweden	am	11. Juli 1937
Großbritannien und Nordirland	am	18. Juli 1937
Irland	am	20. August 1937
China	am	2. Dezember 1937
die Niederlande	am	20. Februar 1938
Afghanistan	am	14. Mai 1938
Österreich	am	3. Juli 1938
Belgien	am	4. August 1938
Portugal	am	18. Oktober 1938
Frankreich	am	25. Januar 1939
Mexiko	am	21. Februar 1939
Finnland	am	3. März 1939
Indien	am	25. März 1939
Neuseeland	am	29. März 1939
Türkei	am	21. April 1939

Brasilien	am	22. September 1939
Ungarn	am	19. Dezember 1939
Schweiz	am	23. Mai 1941
Venezuela	am	20. November 1945
Peru	am	8. November 1946
Chile	am	16. März 1947
Ägypten	am	11. Juli 1948
Bulgarien	am	29. Dezember 1950
Argentinien	am	14. März 1951
Tschechoslowakei	am	12. Juni 1951
Ceylon	am	20. Dezember 1951
Jugoslawien	am	21. Mai 1953
Italien	am	22. Oktober 1953
Vietnam	am	6. Juni 1954
Australien	am	7. Oktober 1954
Uruguay	am	18. März 1955
Ecuador	am	6. Juli 1955.

Indonesien und Pakistan haben erklärt, daß sie sich an das von den Niederlanden bzw. Indien ratifizierte Übereinkommen gebunden halten.

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Italien	für Somaliland mit Wirkung vom 7. Juni 1954,
Australien	für Neuguinea und Papua mit Wirkung vom 14. Dezember 1954,
die Südafrikanische Union	für Südwest-Afrika mit Wirkung vom 15. Juni 1949.

Bonn, den 18. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 7
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1920
über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See.**

Vom 21. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genua am 9. Juli 1920 angenommene Übereinkommen Nr. 7 über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 383) ist nach seinem Artikel 8 in Kraft getreten für

Australien	am	28. Juni 1935
Chile	am	18. Oktober 1935
Brasilien	am	8. Juni 1936
China	am	2. Dezember 1936
Venezuela	am	20. November 1944
Mexiko	am	17. August 1948
Ceylon	am	2. September 1950.

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Dänemark für Grönland mit Wirkung vom 31. Mai 1954
und nachstehender Einschränkung:

(Übersetzung)

„(Article 4): no regulations exist concerning the obligations of the employer to report cases of employment of persons below the age of 16 years.“

„(Artikel 4): Es besteht keine Regelung bezüglich der Verpflichtung des Arbeitgebers, Fälle einer Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren zu melden.“

Italien für Somaliland mit Wirkung vom 28. Dezember 1953
und nachstehenden Einschränkungen:

(Übersetzung)

„The exception laid down in the latter part of Article 2 of this Convention is extended because in Somaliland there are no vessels upon which only members of the same family are employed, many boys under the age of 14 years are employed on boats (Sambuchi) where their relatives also work together with other members of the same tribe (Cabila).“

„Die Ausnahme nach Artikel 2 Satz 2 dieses Übereinkommens wird erweitert, da es in Somaliland keine Schiffe gibt, auf denen ausschließlich Mitglieder derselben Familie beschäftigt sind; viele Knaben unter 14 Jahren werden auf Booten (Sambuchi) beschäftigt, auf denen ihre Verwandten auch zusammen mit anderen Mitgliedern desselben Stammes (Cabila) arbeiten.“

As regards the registers to which reference is made in Article 4 of the Convention, the age limit has been raised to 18 years.“

Bezüglich der Verzeichnisse, auf die in Artikel 4 des Übereinkommens Bezug genommen wird, wurde die Altersgrenze auf 18 Jahre erhöht.“

Nach seinem Artikel 10 ist das Übereinkommen außer Kraft getreten für

die Niederlande	am	8. Juli 1948.
Mexiko	am	18. Juli 1953
Uruguay	am	17. Oktober 1956.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. März 1935 (Reichsgesetzbl. II S. 368) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 21. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 8
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1920
über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit
infolge von Schiffbruch.**

Vom 19. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genua am 9. Juli 1920 angenommene Übereinkommen Nr. 8 über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 759) ist nach seinem Artikel 7 in Kraft getreten für

Schweden	am	1. Januar 1935
Australien	am	28. Juni 1935
Chile	am	18. Oktober 1935
Norwegen	am	21. Juli 1936
Mexiko	am	20. Mai 1937

die Niederlande	am	15. Dezember 1937
Dänemark	am	15. Februar 1938
Finnland	am	20. Januar 1950
Ceylon	am	25. April 1951
Japan	am	22. August 1955.

Australien hat mit Noten vom 25. Juni 1937 und 6. November 1937 erklärt, daß das Übereinkommen auch auf Neu-Guinea und Papua Anwendung findet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. März 1935 (Reichsgesetzbl. II S. 368) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 19. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 9
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juli 1920
über die Stellenvermittlung für Seeleute.**

Vom 19. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genua am 10. Juli 1920 angenommene Übereinkommen Nr. 9 über die Stellenvermittlung für Seeleute (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 166) ist nach seinem Artikel 14 in Kraft getreten für

Chile	am	18. Oktober 1935
Neuseeland	am	29. März 1938

Dänemark	am	23. August 1938
Mexiko	am	1. September 1939
die Niederlande	am	9. Januar 1948.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. März 1935 (Reichsgesetzbl. II S. 369) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 19. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 11
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 12. November 1921
über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter.**

Vom 24. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 12. November 1921 angenommene Übereinkommen Nr. 11 über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 171) ist nach seinem Artikel 3 Abs. 3 in Kraft getreten für

Argentinien	am	26. Mai 1936
Mexiko	am	20. Mai 1937
Neuseeland	am	29. März 1938
die Schweiz	am	23. Mai 1940
Venezuela	am	20. November 1944
Peru	am	8. November 1945
Griechenland	am	13. Juni 1952
Ceylon	am	25. August 1952
Ägypten	am	3. Juli 1954.

Birma und Pakistan haben anlässlich ihres Eintritts in die Internationale Arbeitsorganisation erklärt, daß sie sich an das von Indien ratifizierte Übereinkommen gebunden halten. (Für Indien ist das Übereinkommen am 11. Mai 1923 in Kraft getreten.)

Nach Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation haben die folgenden Staaten Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Belgien	für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi mit Wirkung vom 12. Dezember 1955,
Dänemark	für Grönland mit Wirkung vom 31. Mai 1954,
die Niederlande	für die Niederländischen Antillen mit Wirkung vom 15. Dezember 1955,
Neuseeland	für die Cook-Inseln (einschließlich Niue) mit Wirkung vom 26. Oktober 1951.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 31. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. 1936 II S. 23) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 24. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 12
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 12. November 1921
über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.**

Vom 16. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 12. November 1921 angenommene Übereinkommen Nr. 12 über die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 174) ist nach seinem Artikel 3 Abs. 3 in Kraft getreten für

Argentinien	am	26. Mai 1936
Mexiko	am	1. November 1937
Neuseeland	am	29. März 1938
Finnland	am	20. Januar 1950
Tschechoslowakei	am	12. Juni 1950
Osterreich	am	14. Juni 1954
Haiti	am	19. April 1955
Salvador	am	11. Oktober 1955
Ungarn	am	8. Juni 1956
Marokko	am	20. September 1956.

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Belgien	für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi mit Note vom 1. April 1934,
die Niederlande	für die Niederländischen Antillen mit Note vom 15. Dezember 1955.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 31. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. 1936 II S. 23) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 16. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 15
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921
über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen
zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer.**

Vom 17. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 11. November 1921 angenommene Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 383) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 in Kraft getreten für

Uruguay	am	6. Juni 1933
Kolumbien	am	20. Juni 1933
Nikaragua	am	12. April 1934
Australien	am	28. Juni 1935
Chile	am	18. Oktober 1935
Argentinien	am	26. Mai 1936
China	am	2. Dezember 1936
Ceylon	am	25. April 1951
die Sowjetunion	am	10. August 1956
Island	am	21. August 1956.

Birma und Pakistan haben anlässlich ihres Eintritts in die Internationale Arbeitsorganisation erklärt, daß sie sich an das von Indien ratifizierte Übereinkommen gebunden halten. (Für Indien ist das Übereinkommen am 20. November 1922 in Kraft getreten.)

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Dänemark für Grönland mit Wirkung
vom 31. Mai 1954,

Italien für Somaliland mit Wirkung
vom 28. Dezember 1953

und nachstehenden Einschränkungen:

(Übersetzung)

„Having regard to local conditions, it has not been found necessary to make provision for the exceptions permitted under Articles 3 and 4 of the Convention nor to apply Article 6.“	„Im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse wurde es nicht für erforderlich gehalten, die nach den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens zulässigen Ausnahmen vorzusehen oder den Artikel 6 anzuwenden.“
--	--

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 4. November 1931 (Reichsgesetzbl. II S. 550) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 17. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 16
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921
über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der
in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen.**

Vom 17. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 11. November 1921 angenommene Übereinkommen Nr. 16 über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 383) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 in Kraft getreten für

Uruguay	am	6. Juni 1933
Kolumbien	am	20. Juni 1933
Nikaragua	am	12. April 1934
Australien	am	28. Juni 1935
Chile	am	18. Oktober 1935
Argentinien	am	26. Mai 1936
Brasilien	am	8. Juni 1936
China	am	2. Dezember 1936
Mexiko	am	9. März 1938
Dänemark	am	23. April 1938
Ceylon	am	25. April 1951
die Sowjetunion	am	10. August 1956.

Birma und Pakistan haben anlässlich ihres Eintritts in die Internationale Arbeitsorganisation erklärt, daß sie sich an das von Indien ratifizierte Übereinkommen gebunden halten. (Für Indien ist das Übereinkommen am 20. November 1922 in Kraft getreten.)

Nach Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation haben die folgenden Staaten Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Dänemark	für Grönland mit Wirkung vom
	31. Mai 1954,
Italien	für Somaliland mit Wirkung vom
	28. Dezember 1953.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 12. Dezember 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 1277) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 17. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 19
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 5. Juni 1925
über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer
bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen.**

Vom 24. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 5. Juni 1925 angenommene Übereinkommen Nr. 19 über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen (Reichsgesetzbl. 1928 II S. 509) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 in Kraft getreten für

Griechenland	am	30. Mai 1936
den Irak	am	30. April 1940
Venezuela	am	20. November 1944
Peru	am	8. November 1945
Agypten	am	29. November 1948
Argentinien	am	14. März 1950
Bolivien	am	19. Juli 1954
Haiti	am	19. April 1955
Tunesien	am	12. Juni 1956
Marokko	am	13. Juni 1956.

Birma und Pakistan haben anläßlich ihres Eintritts in die Internationale Arbeitsorganisation erklärt, daß sie sich an das von Indien ratifizierte Übereinkommen gebunden halten. (Für Indien ist das Übereinkommen am 30. September 1927 in Kraft getreten.)

Indonesien betrachtet das durch die Niederlande ratifizierte Übereinkommen als für sich verbindlich. (Für die Niederlande ist das Übereinkommen am 13. September 1927 in Kraft getreten.)

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Frankreich	für Algerien mit Note vom 12. Juli 1930,
die Südafrikanische Union	für Südwest-Afrika mit Note vom 15. Juni 1949,
die Niederlande	für Surinam mit Note vom 13. Juli 1951,
Dänemark	für Grönland mit Wir- kung vom 31. Mai 1954.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. November 1934 (Reichsgesetzbl. II S. 853) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 24. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 23
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1926
über die Heimschaffung der Schiffsleute.**

Vom 20. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 23. Juni 1926 angenommene Übereinkommen Nr. 23 über die Heimschaffung der Schiffsleute (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 12) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 in Kraft getreten für

China	am	2. Dezember 1936
die Niederlande	am	5. Mai 1948
Argentinien	am	14. März 1950.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. März 1935 (Reichsgesetzbl. II S. 368) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 20. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 24
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 1927,
betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel
und der Hausgehilfen.**

Vom 25. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 15. Juni 1927 angenommene Übereinkommen Nr. 24, betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und der Hausgehilfen (Reichsgesetzbl. 1927 II S. 887) ist nach seinem Artikel 12 Abs. 3 in Kraft getreten für

Peru	am	6. Februar 1946
Frankreich	am	15. August 1948
Polen	am	28. Dezember 1948
Haiti	am	18. Juli 1955.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 4. August 1934 (Reichsgesetzbl. II S. 725) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 25. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 26
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 16. Juni 1928
über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen.**

Vom 26. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 16. Juni 1928 angenommene Übereinkommen Nr. 26 über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 375) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 3 in Kraft getreten für

Bulgarien	am	4. Juni 1936
Kuba	am	24. Februar 1937
die Niederlande	am	10. November 1937
Belgien	am	11. August 1938
Neuseeland	am	29. März 1939
Venezuela	am	20. November 1945
die Schweiz	am	7. Mai 1948
Argentinien	am	14. März 1951
die Tschechoslowakei	am	12. Juni 1951
Birma	am	21. Mai 1955
Ekuador	am	6. Juli 1955
Bolivien	am	19. Juli 1955
Indien	am	10. Januar 1956
Vietnam	am	14. Juni 1956.

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Belgien für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi mit Wirkung vom 7. Juli 1955,
Frankreich für Kamerun, Französisch-Äquatorialafrika, die französischen Niederlassungen in Indien und Ozeanien, Französisch-Somaliland, Französisch-Westafrika, Madagaskar, Neu-Kaledonien, St. Pierre und Miquelon, Togoland mit Wirkung vom 19. März 1954.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 6. Juni 1935 (Reichsgesetzbl. II S. 460) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 26. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 27
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1929
über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken.**

Vom 25. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 21. Juni 1929 angenommene Übereinkommen Nr. 27 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 940) ist nach seinem Artikel 3 Abs. 3 in Kraft getreten für

Bulgarien	am	4. Juni 1936
Frankreich	am	29. Juli 1936
Osterreich	am	16. August 1936
Griechenland	am	30. Mai 1937
Ungarn	am	6. Dezember 1938
Kanada	am	30. Juni 1939
Argentinien	am	14. März 1951
Vietnam	am	6. Juni 1954
Kuba	am	7. September 1955.

Es wird für

Marokko am 20. September 1957

in Kraft treten.

Birma und Pakistan haben anlässlich ihres Eintritts in die Internationale Arbeitsorganisation erklärt, daß sie sich an das von Indien ratifizierte Übereinkommen gebunden halten. (Für Indien ist das Übereinkommen am 7. September 1932 in Kraft getreten.)

Indonesien betrachtet das durch die Niederlande ratifizierte Übereinkommen als für sich verbindlich. (Für die Niederlande ist das Übereinkommen am 4. Januar 1934 in Kraft getreten.)

Die folgenden Staaten haben Erklärungen abgegeben, daß das Übereinkommen auch in den nachstehenden abhängigen Gebieten gilt:

Australien für Papua, Norfolk und Neu-Guinea mit Note vom 12. September 1931,

Belgien für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi mit Note vom 8. Oktober 1954.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 6. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. II S. 420) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 25. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 25
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 1927,
betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft.**

Vom 18. März 1957.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf am 15. Juni 1927 angenommene Übereinkommen Nr. 25, betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft (Reichsgesetzbl. 1927 II S. 887) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 3 in Kraft getreten für

Polen	am 28. Dezember 1948
Jugoslawien	am 19. August 1952
Haiti	am 18. Juli 1955.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 4. August 1934 (Reichsgesetzbl. II S. 725) und vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 607).

Bonn, den 18. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Grewe

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

**Druckfehlerberichtigung
zu der Bekanntmachung vom 15. 2. 1957 über die
Wiederanwendung des deutsch-niederländischen
Auslieferungsvertrages (Bundesgesetzbl. II S. 22)**

In der Note der Deutschen Botschaft vom 1. Dezember 1956 ist

1. in Nummer 8 Buchstabe a statt eines Kommas ein Punkt zu setzen;
2. in Nummer 12 Zeile 2 das Wort „für“ in „auf“ zu ändern.